

PROTOKOLL

über die 24., ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr, am Dienstag,
dem 22. Februar 1977, im Rathaus, I. Stock hinten, Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Öffentliche Sitzung

A n w e s e n d :

VORSITZENDER:

Bürgermeister Franz Weiss

BÜRGERMEISTER-STELLVERTR.:

Heinrich Schwarz
Karl Fritsch

STADTRÄTE:

Rudolf Fürst
Anna Kaltenbrunner
Konrad Kinzelhofer
Manfred Wallner
Leopold Wippersberger
Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:

Alfred Baumann
Johann Brunmair
Maria Derflinger
Vinzenz Dresl
Franz Enöckl
Ing. Wolfgang Fahrnberger
Ernst Fuchs
Karl Holub
Walter Kienesberger
Johann Knogler-Kraxberger
Walter Köhler
Otilie Liebl

Rudolf Luksch

Johann Manetsgruber

Franz Mayr

Erich Mayrhofer

Therese Molterer

Josef Radler

Friedrich Reisner

Hubert Saiber

Dr. Konrad Schneider

Johann Schodermayr

Herbert Schwarz

Dr. Alois Stellnberger

Otto Tremel

VOM AMT:

Magistratsdirektor Obersenatsrat

Dr. Johann Eder

Präsidialdirektor Oberamtsrat

Roland Postler

Baurat Dipl. Ing. Helmut Vorderwinkler

TOK. Ing. Wolfgang Grassnigg

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Walter Radmoser

VB Gerda Gugenberger

TAGESORDNUNG

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Bau2-5469/76

Entwicklungskonzept für Steyr und Region Steyr;

Beschlußfassung durch den Gemeinderat.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich begrüße hiermit die Damen und Herren des Gemeinderates, die Damen und Herren der Beamtenschaft und der Presse zur heutigen Sitzung, die nicht dem Fasching gewidmet ist, sondern einer sehr ernstesten Angelegenheit dient. Eingangs die Entschuldigungen, Gemeinderat Feuerhuber ist im Krankenstand und Gemeinderat Sablik befindet sich auf Kur. Von Dr. Stellnberger ist keine Entschuldigung vorhanden, er wird wahrscheinlich noch kommen. Wir werden das zu Protokoll nehmen. Die Entschuldigungen sind damit vorgebracht. Die Feststellung der Beschlußfähigkeit ist gegeben. Als Protokollprüfer für die heutige Sitzung werden die Herren Gemeinderäte Köhler und Radler vorgeschlagen. Ich sehe aus deren Kopfnicken, daß sie die Zustimmung geben und danke dafür. Damit ist die heutige Sitzung eingeleitet. Bevor ich zur Tagesordnung komme, noch ein Schreiben der Jungen Wirtschaft zur Kenntnis gebracht, die heute unter dem Jubelruf "Jabadabada", wie ich hörte, um 18.00 Uhr vor dem Rathaus eine Faschingsveranstaltung durchführen und mich ersucht haben mit Schreiben von heute, den Gemeinderat davon zu unterrichten und mit einzuladen, was damit geschehen ist. Eine technische Erklärung noch zum Ablauf der heutigen Sitzung. Sie sehen am Pult ein Mikrofon montiert und auch am Vorsitztisch sowie 2 Richtmikrofone in den Beleuchtungskörpern. Es wird dadurch keine Lautverstärkung im Raum erzielt, sondern lediglich beabsichtigt, hier ein einwandfreies Wortprotokoll zu erreichen. Die Anlage ist probeweise hier angebracht. Es ist kein Auftrag vergeben. Sofern die Zufriedenheit mit der Anlage sich erweisen sollte, werden Sie zweifellos noch damit befaßt werden, ob wir uns dieser künftighin bedienen oder nicht. Es ist lediglich einmal ein sogenannter Probegalopp. Damit habe ich Ihnen die offiziellen Mitteilungen zur Kenntnis gebracht. Ich darf Sie um Kenntnisnahme ersuchen und bitte den Koll. Schwarz um Übernahme des Vorsitzes, damit ich mich dem heutigen einzigen Tagesordnungspunkt, betreffend das Entwicklungskonzept für die Stadt Steyr und deren Umlandregion, widmen kann.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Herrn Bürgermeister zur Berichterstattung dieses Tagesordnungspunktes das Wort.

Gemeinderat Dr. Stellnberger erscheint um 15.15 Uhr.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Am 23. 9. des vergangenen Jahres legte ich Ihnen einen Entwurf für ein Konzept vor, das sowohl die Stadt Steyr und deren Möglichkeiten, wie auch die Umlandregion erfaßt hat. Ich hatte damals schon erklärt, daß damit keineswegs eine Vollständigkeit aller Möglichkeiten aufgezeigt ist, sondern den Gemeinderat in Kenntnis gesetzt, daß wir uns mit dem Problem der künftigen Entwicklung der Stadt nunmehr näher befassen sollten. Es ist, glaube ich, ein genügend langer Zeitraum verstrichen bis jetzt zum 22. 2. 1977, um sich über den Inhalt dieses Entwicklungskonzeptes ausreichend zu informieren, Möglichkeiten von Ergänzungen zu suchen und auch hier mit kritischen Bemerkungen, wenn Sie wünschen, zu diesen oder jenen Punkten des Inhaltes Stellung zu nehmen. Es wurde schon anläßlich der Budgetsitzung 1977, also im Jahre 1976, für das heurige Budget von Herrn Gemeinderat Fahrnberger erwähnt, daß der Zeitraum schon so lange ist, wo die Beschlußfassung für dieses Konzept ausständig wäre. Ich möchte heute wiederholen, was ich zu Beginn bei der Vorlage erklärt habe, nämlich daß es

keineswegs ein Überraschungseffekt sein soll und auch nicht so gedacht war. Die Angelegenheit ist meines Erachtens nach viel zu ernst, um mit derartigen Effekten operieren zu wollen, sondern es soll ein genügend langer Zeitraum vergehen, um sich mit dem Inhalt dieser Vorlage zu beschäftigen. Ich glaube, der Zeitraum von September bis Februar dürfte lange genug gewesen sein, um sich hiezu die nötigen Gedanken machen zu können. Ich stelle mit Befriedigung fest, daß während verschiedener Besprechungen mit den Fraktionsvorsitzenden der im Gemeinderat vertretenen Parteien die Frage des Entwicklungskonzeptes behandelt wurde und das Ersuchen aufgegriffen worden ist, hier schriftlich die Stellungnahme vorzulegen, und ich kann hier sagen, daß die Soz. Fraktion die mündliche Zustimmung zu diesem Konzept erklärt hat, daß inzwischen auch von der Freiheitlichen Partei und der Österr. Volkspartei schriftliche Stellungnahmen eingelangt sind. Sie werden zweifellos heute Gegenstand der Diskussion sein. Infolge Erkrankung des Herrn Gemeinderates Tremml bestand für ihn keine Gelegenheit, hier diese schriftliche Stellungnahme einzureichen. Wir dürfen aber annehmen, daß eine mündliche heute zweifellos in der Diskussion erfolgen wird. Bevor ich Ihnen den Antrag zur Kenntnis bringe, darf ich mir erlauben, doch darauf hinzuweisen, daß der Amtsbericht vorliegt, daß der Antrag hier mit den verschiedenen Initiativen ausführlich schriftlich dargelegt Ihnen vorliegt, so daß ich mir gestatten darf, nicht vollinhaltlich den Antrag zur Kenntnis zu bringen, sondern lediglich im Anschluß an meine einleitenden Ausführungen den Antrag zu stellen, das Entwicklungskonzept in der vorliegenden Fassung zu genehmigen. Zunächst aber erlaube ich mir doch noch einige Hinweise zu geben, weil sich gezeigt hat, daß in Stellungnahmen scheinbar doch mißverständlicherweise einige Passagen enthalten sind, die aufklärungsbedürftig sind, um hier Mißverständnisse zu vermeiden. Die Tatsache, daß dieses Entwicklungskonzept keinen bestimmten begrenzten Zeitraum aufweist, soll ausdrücken, daß ich damit nicht beabsichtigt habe, fixe Zeitpunkte zu setzen, sondern daß es sich dabei sicher um eine permanente Beobachtung der Entwicklung handeln muß, um immer seitens des Gemeinderates oder der zuständigen Gremien rechtzeitig und richtig auf Entwicklungen verschiedenster Art zu reagieren oder reagieren zu können. Zur Aufklärung darf ich hinzufügen, daß es sich dabei zweifellos um ein Fernziel handelt und daß bei diesem Konzept der Idealfall angenommen wurde. Der Idealfall geht davon aus, daß wir vom Amt der OÖ. Landesregierung, Abt. Statistik, eine Aussage besitzen, die darauf hinzielt, daß eine ausgewogene Beschäftigungslage in einer Stadt, in einer Industriestadt, dann besteht, wenn die Beschäftigungsplätze 50 : 50 zwischen metallverarbeitenden Branchen und nicht metallverarbeitenden Branchen stehen. Von dieser Aussage ausgehend, so wird eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur bezeichnet, von dieser Annahme ausgehend bedeutet das, so wie es im Konzept dargelegt ist und wenn Sie nachblättern im Entwicklungskonzept auf Seite 2 ist hier näher darauf eingegangen, heißt das, daß wir in der Nichtmetallindustrie etwa 10.000 Arbeitsplätze benötigen würden und etwa 6.400 in den Dienstleistungsbetrieben, um insgesamt 16.400 Arbeitsplätze zu erhalten. Ich stelle ausdrücklich fest, daß es sich hierbei um eine Idealannahme handelt. Damit ergibt sich bei der Erwerbsquote, daß auf 100 Personen in Steyr 40 Berufstätige und 60 Nichtberufstätige kommen, automatisch die Ableitung, daß wir eine Einwohnerzahl von 70.000 benötigen würden, um diese Entwicklung, die hier dargelegt ist, erreichen zu können. Es handelt sich also nicht um utopische Vorstellungen oder Erklärungen, sondern um Annahmen, die auf den Aussagen der Statistik beruhen und wie gesagt, den Idealfall in den Vordergrund stellen. Wir haben eine ähnliche Ausgangsbasis wie für das Entwicklungskonzept auch bei dem

in Kürze zu behandelnden Flächenwidmungsplan. Dieser ist allerdings nicht auf den Idealfall ohne Terminsetzung ausgerichtet, sondern dieser bezieht sich auf einen überschaubaren Zeitraum, etwa von 10 Jahren, wobei vorgesehen ist, daß dieser Flächenwidmungsplan in Abständen von 5 Jahren überarbeitet werden kann wenn es notwendig sein soll. Hier sind 2 Überprüfungsperioden einbezogen und in diesem Flächenwidmungsplan wird davon ausgegangen, daß man eine Personenzahl in Steyr von etwa 50.000 annimmt. Dieser Flächenwidmungsplan wurde zunächst einmal in den Zielsetzungen dem Präsidialplanungsausschuß vorgelegt und wurde bereits in der Gemeinderat-Informationssitzung behandelt und erläutert. Er wird in Kürze den Finanz- und Rechtsausschuß passieren und am 1. 3. in die Gemeinderatsitzung gelangen. Hier bei dieser 10jährigen Entwicklung lehnen wir uns auch an Aussagen der öö. Raumplanung, die terminbezogen natürlich näher liegen als etwa das Konzept, das sich hier ohne Terminsetzung auf eine zukunfts ideale Entwicklung ausrichtet. Ich darf noch hinzufügen, daß inzwischen schon einige Initiativen gesetzt werden konnten, daß es gelungen ist durch die Vorlage dieses Konzeptes, durch die verschiedenen Behandlungen, durch die absolut positiven Presseberichte dazu, durch das Interesse der Steyrer Bevölkerung den Beweis zu erbringen, daß wir, der Gemeinderat, zweifellos gut beraten sind, wenn wir uns dieser Angelegenheit stärker als bisher widmen. Steyr ist sowohl auf Landesebene wie auch in der Umgebung, in der Stadt selbst, in einem anderen Licht präsentiert. Wir haben Gelegenheit bekommen, verschiedene Anfragen zu beantworten von Unternehmern, die auf Grund dieser Öffentlichkeitsarbeit, die mit dem Konzept verbunden ist, Interesse zeigen, einen Standort in Steyr zu suchen, wengleich manches Mal noch Schwierigkeiten aus verschiedenen Gründen auftreten und wir haben eines erreicht, was ich als sehr wesentlich und wichtig erachte. Wir haben nämlich erreicht, daß die Steyr-Werke als der potenteste Betrieb am Ort uns mit fixen Zusicherungen die Erklärung abgegeben hat, die beabsichtigten Betriebsausweitungen aus den verschiedensten Verträgen und Kooperationswirkungen des Unternehmens heraus nicht außerhalb der Stadt Steyr sondern in dieser vorzunehmen, womit gesichert ist, daß dieser Betrieb mit allen wirtschaftlichen Möglichkeiten, die sich ihm bieten und die er nutzen kann hier in Steyr, seinen Niederschlag finden wird und wir die nötigen Konsequenzen im positiven Sinn daraus erwarten. Eine weitere zweifellos positive Tatsache ist, daß wir den Bautenminister nach Steyr bekommen haben und die Möglichkeit hatten, ihm die Schwierigkeiten unserer Verkehrsverbindungen darzulegen und hier bestimmte Aussagen zu erreichen. Wir haben das Wohnbauprogramm am 2. 2. mit dem zuständigen Landeswohnbaureferenten Neuhauser bis zum Jahre 1980 durchbesprechen können für alle in Steyr ansässigen Wohnbaugenossenschaften und Gesellschaften. Wir haben Landesrat Reichl für alle unsere Zielsetzungen interessieren können und auch den Herrn Landesrat Trauner für die wirtschaftlichen Aspekte, die sich in der Stadt Steyr ergeben und die von seiner Sicht als Landes-Wirtschaftsreferent beeinflußt werden können. Letztlich möchte ich nicht verschweigen, daß auch der Herr Landeshauptmann mir persönlich sowohl telefonisch als schriftlich erklärt hat, daß das sogenannte Offterdinger-Konzept eine rein wissenschaftliche Abhandlung ist, von der er sich insofern distanziert, weil es zwar als eine Entscheidungshilfe dienen kann, aber diese Abhandlung keineswegs der Maßstab für die Entscheidungen der öö. Raumplanung sein kann, muß oder darf. Damit ist die Erklärung verbunden, daß Steyr nicht zur Schlafstadt erklärt wird. Eine überaus erfreuliche Tatsache möchte ich schließlich noch vermelden dadurch, daß

ich gestern oder Freitag einen Brief von Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Hartl erhalten habe, nachdem wir ihm die Problematik der Stadt Steyr in ihrer Gegenwart und künftigen Aussicht schon im Herbst vorlegen konnten, einen Betrag von S 10,5 Mill. aus Bedarfszuweisungen erhalten haben. Auch das sind Wirkungen, die davon ausgehen, daß es uns gelungen ist, jene Persönlichkeiten im Land und im Bund zu interessieren, was sich in Steyr für Möglichkeiten bieten, was sich in Steyr machen läßt und vor allem was sich die Steyrer Gemeindeväter hier in ihrer künftigen Tätigkeit an Hilfen vorstellen und erwarten. Damit, glaube ich, habe ich doch versucht, einleitend zum Antrag einige Mißverständnisse auszuräumen, vor allem aber auch den Hinweis zu geben, daß wir bemüht sind - und ich persönlich setze mein ganzes Bestreben darauf, auch heute in der Sitzung ein Einvernehmen zu erreichen im Sinne dieser Konzeption, die ja nicht bis ins kleinste Detail reichen kann, die Zukunft der Stadt zu sichern durch entsprechende Maßnahmen in der Gegenwart. In diesem Sinne erlaube ich mir, ohne Verlesung des gesamten Antrages, nur den Antrag vorzubringen, Sie mögen dem Entwicklungskonzept für die Stadt Steyr und deren Umlandregion Ihre Zustimmung geben.

Bau2-5469/76

Entwicklungskonzept für Steyr und Region Steyr;
Beschlußfassung durch den Gemeinderat.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Um die Entwicklung der Stadt Steyr und ihrer Umlandregion für die nahe, aber auch für die fernere Zukunft sicherzustellen, sind zu gegebenen Zeitpunkten nachstehende Schritte zu unternehmen:

Auf Bundesebene:

Eine Delegation des Steyrer Gemeinderates ersucht den Bundeskanzler, folgende Probleme unter Beiziehung der Fachminister vortragen zu können:

1) Verbesserung der Verkehrsverhältnisse:

- a) Sofortige Inangriffnahme des bereits baureifen Projektes der Märzenkeller-Umfahrung im Bereiche der Gesamttrasse mit Fertigstellung bis Ende 1979.
- b) Rascher Abschluß der Vorbereitungsarbeiten für die S 37 und Baubeginn an jenen Teilen, deren Planung bereits abgeschlossen ist;
- c) weiterer Ausbau der Voralpen-Bundesstraße in Richtung Westen, aber auch in Richtung Niederösterreich;
- d) durchgehender Ausbau der Eisen-Bundesstraße nach Süden;
- e) Verbesserung der Eisenbahnverbindung von und nach Steyr in Richtung Norden und Ausbau einer Schnellbahnverbindung von Linz über Enns bis Garsten;
- f) Zurverfügungstellung von Mitteln zum Ausbau des Nahverkehrs nach Garsten, St. Ulrich, Aschach, Sierning, Wolforn, Behamberg u. a.

2) Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse:

- a) Wirtschaftlicher Hauptträger der Steyr-Daimler-Puch AG sind die Werke in Steyr, insbesondere die Fahrzeugfabrik. Die Steyr-Daimler-Puch AG ist daher vom Hauptaktionär, Creditanstalt-Bankverein, zu veranlassen, ihre in Steyr befindlichen räumlichen Möglichkeiten voll auszuschöpfen, vorhandene Objekte und Grundstücke zur Erweiterung heranzuziehen, bevor Betriebsteilverlegungen aus der Region Steyr erfolgen; dies bedingt auch sinnvolle Ausnützung aller leerstehenden Fabriksobjekte in Steyr;
- b) Sicherung des Bestandes der Ennskraftwerke AG als Sondergesellschaft des

Bundes mit dem Sitz in Steyr. Darüberhinaus wäre zu erreichen, über den Rahmen einer Betriebsgesellschaft wiederum die Vornahme von Planungs- und Bauarbeiten dieser Sondergesellschaft des Bundes, unabhängig von territorialen Erwägungen, an die Ennskraftwerke AG zu vergeben.

3) Bei der Wahl von überörtlichen Einrichtungen des Bundes ist auch die Region Steyr mehr als bisher zu berücksichtigen. Dies gilt vor allem für den Bau und Ausbau mittlerer und höherer Lehranstalten, aber auch für die Außenstellen von Behörden des Bundes, die hier zur Errichtung gelangen können, wie z. B. Institute für die Landwirtschaft oder Sondereinrichtungen des Bundesheeres (Heeresluftschutzeinheit bzw. -schule).

4) Die Lebensart einer Stadt dokumentiert sich auch überzeugenderweise im Bauzustand ihrer öffentlichen Gebäude. Die Republik Österreich muß hier mit gutem Beispiel vorangehen. Alle ihr gehörigen Einrichtungen, gleichgültig, von welchem Bundesministerium oder von welcher wirtschaftlichen Einrichtung, wie z. B. Bundesbahn, Post, Bundesforste, sie verwaltet werden, sind zeitgemäß und ihrem historischen Wert entsprechend instandzusetzen und auch zu erhalten.

Erwähnt müssen hier die Objekte Schloß Lamberg, Quenghof, die Höhere Technische Lehranstalt, die Trollmannkaserne, die Errichtung eines neuen Hauptpostamtes beim Bahnhof Steyr sowie die Objekte Pfarrgasse 1 (ehemalige Bezirkshauptmannschaft) und Stadtplatz 30 (Finanzamt) werden.

5) Unterstützung der Stadt und der umliegenden Gemeinden bei allen Aufgaben, die durch den Bund gefördert werden:

- a) Weitere finanzielle Mittel aus dem Wasserwirtschaftsfonds für den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung, der das Abwasserproblem dieser Region lösen soll;
- b) weitere finanzielle Mittel aus dem Wasserwirtschaftsfonds für den Ausbau der Gruppentrinkwasserversorgung der Stadt Steyr, die ebenfalls für die gesamte Region Vorsorge zu treffen hat;
- c) bevorzugte Behandlung bei Kreditgewährung an Industrie, Gewerbe, Fremdenverkehr und Landwirtschaft, um die verkehrsmäßige Benachteiligung dieses Raumes auszugleichen;
- c) Vergabe von Forschungsaufträgen des Bundes, um die besonders gelagerten städtebaulichen Probleme in Steyr einer eingehenden Prüfung zu unterziehen, insbesondere jene alter Stadtbezirke, wie z. B. Wiederbelebung des Wehrgrabens.

Auf Landesebene:

ist eine Trennung zwischen den gemeinsamen Anliegen der Region und den rein städtischen Problemen vorzunehmen.

Die regionalen Fragen sollten Gegenstand einer Vorsprache der Bürgermeister und ihrer Stellvertreter der betroffenen Gemeinden bei Landeshauptmann Dr. Wenzl, dem Gemeindereferenten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Hartl und den betroffenen Regierungsmitgliedern sein. Um einen überschaubaren Teilnehmerkreis zu erhalten, wird vorläufig die Region gleichgehalten mit der territorialen Ausdehnung des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung, soweit sie sich auf Oberösterreich erstreckt.

Es ist dies aber keinesfalls als endgültige Abgrenzung gegenüber dem Steyr- und Ennstal, das im Einzugsgebiet der Stadt Steyr liegt, zu werten. Je nach Art der Probleme wird sich im einzelnen eine Erweiterung auf andere Gemein-

den als zweckmäßig und notwendig erweisen.

Zweck der gemeinsamen Vorsprache beim Landeshauptmann soll sein:

Forderung an die OÖ. Landesregierung, der derzeitigen ungünstigen Entwicklungssituation durch ein spezielles Entwicklungs- und Förderungsprogramm für die Region Steyr Einhalt zu gebieten.

- a) Ausarbeitung eines Schwerpunktprogrammes für diese Region durch die Landesplanung unter Berücksichtigung der Gleichwertigkeit gegenüber allen übrigen Raumordnungsproblemen, so z. B. denen des oö. Zentralraumes;
- b) im Rahmen der Bundesstraßenverwaltung rasche Bearbeitung aller Verkehrsmaßnahmen, wie sie der Bundesregierung vorgeschlagen werden; insbesondere trifft dies auf die S 37 nach Maßgabe des Pkt. 1 b zu.
- c) Ergänzung dieses überörtlichen Straßennetzes durch forcierten Ausbau der Landes- und Bezirksstraßen von, nach und um Steyr, speziell in das Enns- und Steyrtal;
- d) gezielte Förderung der Ansiedlung und des Ausbaues von Industrie- und Gewerbebetrieben, um die verkehrsmäßige Randlage auszugleichen (z. B. Fa. Riha GesmbH);
- e) intensive Unterstützung aller Fremdenverkehrsmaßnahmen wie größere Berücksichtigung bei Kreditgewährung, gemeinsamer regionaler Werbung sowie Finanzierungshilfen für Hotelbau; Förderung aller über ein Gemeindegebiet hinausgehender Aktivitäten, wie z. B. der der Fremdenverkehrsverbändegemeinschaft Steyr-Ennstal.
- f) Weitere Berücksichtigung bei Schaffung von Landeseinrichtungen, z. B. bei der Errichtung von Sonderheilanstalten, Erholungsheimen, Jugendheimen, Landesausbildungsstätten. Als Beispiel wird auf die rasche Verwendung der leerstehenden Kematmüllerschule in Steyr zu verweisen sein.
- g) Berücksichtigung der verkehrsmäßigen Erschwernisse bei Bewilligung von Bedarfszuweisungen und Subventionen an Gemeinden dieser Region durch erhöhte Zuteilungen;
- h) Fortsetzung der Bewilligung von Landesbeihilfen für alle regionalen Ver- und Entsorgungseinrichtungen wie Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung, Gruppentrinkwasserversorgung, gemeinsame Müllbeseitigung;
- i) weiterer Ausbau des Landeskrankenhauses, um eine umfassende ärztliche Versorgung der Region sicherzustellen.
Mangel herrscht hier auf dem Gebiet der geriatrischen Versorgung, der Augen-, Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde. Eine Abteilung für Langzeitpflegefälle würde die örtlichen Altersheime der Gemeinden wesentlich entlasten und den vorliegenden Bedürfnissen Rechnung tragen.

Eine Delegation des Steyrer Gemeinderates hat dem Landeshauptmann für Oberösterreich außerdem noch einige Stadtprobleme vorzutragen:

- 1) Bevorzugte Unterstützung aller Ansuchen nach dem Wohnbauförderungsgesetz sowohl für den genossenschaftlichen als auch für den Eigenheimbau. Der vorhandene Wohnungsfehlbestand muß so rasch als möglich abgebaut werden. Der auch beim Amt der OÖ. Landesregierung bekannte Nachholbedarf wird durch erhöhte Zuweisungen zu decken sein.
- 2) Großzügige Unterstützung der Stadt Steyr und Beteiligung des Landes bei der Abhaltung der 1000-Jahrfeier im Jahre 1980. Es könnte damit die Stadt Steyr und ihr Umland auf wirksamste Weise in den allgemeinen Blickpunkt

gerückt werden. Das Bewußtsein der Steyrer Bevölkerung, anerkanntes Mitglied einer landweiten Gemeinschaft zu sein, würde damit eine entscheidende Vertiefung erfahren.

3) Fortsetzung der Revitalisierung der alten Stadtteile durch gemeinsame Aktionen für Fassadenrestaurierungen, Althausinstandsetzungen und Wohnverbesserung im laufenden Kontakt mit den Verwaltungsstellen des Bundesdenkmalamtes und dem Landeswohnbaureferenten. Diese Aktivitäten dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine zeitgemäße Symbiose zwischen Erhaltung und Revitalisierung der alten Stadtteile und Entwicklung neuer wirtschaftlich und wohnbaumäßig erschlossener Gebiete zu finden ist.

Dem Gemeinderat ist bewußt, daß ein Forderungsprogramm für das Steyr- und Ennstal im Bereiche der Stadt Steyr nur dann auf die Unterstützung des Bundes und des Landes rechnen kann, wenn die betroffenen Gemeinden und die Stadt Steyr selbst alles in ihren Bereichen in dieser Richtung vorsorgen. Der Gemeinderat der Stadt Steyr kann naturgemäß nur für das Stadtgebiet Entscheidungen treffen; er kann jedoch Initiativen ergreifen, die diesem gemeinsamen Ziele, nämlich Sicherung unserer Region für die Zukunft, dienen:

- 1) Beschlußfassung über den Flächenwidmungsplan mit dem Ziele, Räume für eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur festzulegen;
- 2) rasche Fertigstellung des innerstädtischen Verkehrsringes und der Gemeindestraßen zu den angrenzenden Gemeinden, so z. B. nach Garsten und St. Ulrich, die naturgemäß ihre Fortsetzung dann außerhalb des Stadtgebietes finden müßten.

Neubau der Flußübergänge in Zwischenbrücken und Überprüfung des Verkehrsablaufes jeweils nach den entwicklungsmäßig sich ergebenden Möglichkeiten und Notwendigkeiten.

3) Enge Zusammenarbeit bei allen kommunalen Problemen, die Auswirkungen auf Nachbargemeinden haben, wie z. B. Errichtung oder Auflassung von Schulen, Erschließung von Siedlungsgebieten, Erweiterung des Nahverkehrs durch städtische Autobuslinien und ähnliches.

4) Zusammenarbeit bei Erstellung eines gemeinsamen Gesellschafts-, Kultur- und Veranstaltungsprogrammes für die Region Steyr unter Heranziehung des Fremdenverkehrsverbandes. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Regiongemeinschaft würde dadurch nicht nur neue Aktivitäten setzen, sondern auch das Bewußtsein der Schicksalsgemeinschaft bestärken. Darüberhinaus soll den internationalen Verbindungen der Stadt Steyr auch im Interesse des Umlandes ein großes Augenmerk zugewendet werden. Eine Aktion "Saubere Stadt", die Bekämpfung einer wilden Plakatierung und geordnete Verhältnisse sowohl in der politischen wie auch in der kommerziellen Werbung sind anzustreben.

Außerhalb der Kommunalverwaltung ergibt sich auch eine Reihe von Möglichkeiten für ein gemeinsames Vorgehen:

- 5) Verbindungsaufnahme mit der Kammer für Arbeiter und Angestellte, mit der Kammer der Gewerblichen Wirtschaft, mit der Landwirtschaftskammer, in der Region umfassende Einrichtungen des Berufsförderungsinstitutes, des Wirtschaftsförderungsinstitutes und der landwirtschaftlichen Fortbildung zu errichten.
- 6) Einladung an die OÖ. Gebietskrankenkasse, an das Landesinvalidenamts, an die Pensionsversicherungsanstalten und andere Sozialversicherungsträger, an

den KOV, an den österreichischen Gewerkschaftsbund und andere, im Steyr- und Ennstal Sozialeinrichtungen wie Rekonvaleszenten- und Erholungsheime, Pflegestätten und Spezialanstalten zu errichten.

7) Ständige Kontakte mit dem Landesarbeitsamt für Oberösterreich und dem Arbeitsamt Steyr über die Möglichkeit der Ansiedlung weiterer Industrie- und Gewerbebetriebe. Ergänzt müßten diese Bemühungen durch laufende Verbindungsaufnahmen mit den zuständigen Sektionen der OÖ. Handelskammer werden. Ziel dieser Bestrebungen muß die Sicherung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Steyr und in den umliegenden Gemeinden sein, nicht aber die Verlegung von Arbeitskräften aus unserem Gebiet in andere Teile des Bundeslandes. Letzteres wird oftmals von außenstehenden Stellen als Allheilmittel gepriesen und kann der Stadt nicht dienen.

8) Die Bestrebungen der Stadt, sich in ihrem gewerblichen und kulturellen Bereich zu präsentieren, sind verstärkt zu unterstützen. Das Image der Stadt als Einkaufs- und Bezirksstadt soll gehoben werden. Eine besondere Aufgabe kann hierbei der Ausstellungsgemeinschaft zufallen.

Die Situation ist ernst. Die Sicherung der Zukunft erzwingt Aktivitäten, die sich nicht auf einen deklarativen Akt des Gemeinderates der Stadt Steyr beschränken können. Ein gemeinsames, von allen politischen Kräften dieser Stadt getragenes Bekenntnis zu Steyr verlangt auch Garantien, daß in den einzelnen Bereichen alles unternommen wird, um den gewünschten Erfolg zu erreichen. Erst diese geben der Bevölkerung die Gewißheit, nicht in einer Gemeinde oder Stadt zu leben, deren Aufbauwille erlahmt ist, die sich einfach in die Gegebenheiten, die außerhalb gesetzt werden, fügt. Es müssen daher auch die eingeleiteten Maßnahmen und der Stand der Entwicklung in angemessenen Zeiträumen öffentlich dargelegt werden. Nur so ist zu erwarten, daß die kommenden Jahrzehnte nicht von Stagnation, sondern von überzeugender Aufwärtsentwicklung, getragen von der gesamten Bevölkerung, gekennzeichnet sind. Nur ein eindeutiges Bekenntnis aller Mitbürger zur Stadt Steyr wird jene Kräfte mobilisieren, die dazu notwendig sind. Die Einführung von Informationstagen mit Vorstellung von Plänen und Projekten zur Einsichtnahme für alle Bürger, Gespräche mit dem Bürgermeister und den Stadträten und die Einführung einer Aktion "Offene Tür" für alle Einrichtungen der Stadt sollen diese Gemeinschaft unterstreichen.

Zur Realisierung dieses Aktionsprogrammes wird beschlossen:

- a) Bildung eines Komitees für Entwicklungsprobleme der Stadt Steyr. Dazu soll das Magistratspräsidium um die Fraktionsvorsitzenden als beratende Mitglieder erweitert werden, wenn solche Probleme zur Behandlung kommen. Je nach Zweckmäßigkeit sind den Sitzungen die referatszuständigen Stadträte, Beamte und Fachleute beizuziehen. Bei Bedarf wären auch die Abgeordneten der Stadt Steyr und die aus Steyr stammenden Regierungsmitglieder einzuladen, um in den verschiedenen Vertretungskörpern auch entsprechende Berücksichtigung zu finden und den Informationsfluß zu sichern.
- b) Jährlicher Bericht an den Gemeinderat über die ergriffenen Maßnahmen. Dieser Bericht soll auch in entsprechender Weise publiziert und der Öffentlichkeit dargestellt werden. Insbesondere sind dabei die Tätigkeit des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung, die Gruppenwasserversorgung der Stadt Steyr, die Fremdenverkehrsverbändegemeinschaft Steyr-Ennstal und allenfalls noch zu gründende gemeinsame interkommunale Einrichtungen einzubeziehen.

- c) Einladung zur Bildung eines Regionalkomitees für die Gemeinden des Enns- und Steyrtales im Bereiche der Stadt Steyr.

Ziel ist es, in diesem Regionalausschuß alle überörtlichen Fragen vorzubereiten und ebenfalls entsprechende und übereinstimmende Maßnahmen zu beschließen.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr stellt fest:

- a) Die eingeleiteten Schritte haben ausschließlich zum Ziele, der Region in und um Steyr auch für die Zukunft eine stete Aufwärtsentwicklung zu sichern. Gemeinsame Probleme der betroffenen Gemeinden sollen auch gemeinsam gelöst werden. Eine in sich funktionierende Region in diesem Gebiet muß so wie in der Vergangenheit und Gegenwart auch in Zukunft bei Beibehaltung der Eigenständigkeit jeder einzelnen Gemeinde ohne weiteres möglich sein.
- b) Ziel dieser Aktivitäten ist es auch nicht, Industrie- und Gewerbeansiedlungen in anderen Gebieten die Berechtigung abzuspochen. Klar wird jedoch herausgestellt, daß der Gemeinderat der Stadt Steyr nicht schweigend zusehen kann, wie mit dem in der Region Steyr noch immer im bedeutsamen Maße für Oberösterreich erarbeiteten Nationalprodukt Industrieverlegungen erfolgen und Neuanlagen anderorts geschaffen werden. Versäumnisse der Vergangenheit wie schlechte Verkehrslage können nicht als Begründung für eine Aushöhlung des industriellen und gewerblichen Potentials Steyrs herangezogen werden, sondern müssen verstärkte Aktivitäten auslösen.
- c) Der Gemeinderat stellt auch fest, daß ebenso wie die Landbevölkerung auch unsere Arbeiter- und Angestelltenschaft eine besondere Verbundenheit zu ihrer Betriebsstätte auszeichnet. Die vielzitierte Mobilität der Unselbständigen trifft für das Steyr- und Ennstal nur sehr bedingt zu. Sie stellt auch mehr ein Schlagwort für Planer und Theoretiker dar, die den Wert einer betriebsverbundenen Mitarbeiterschaft mangels eigener Erfahrung gar nicht einschätzen können. Erst in Krisenzeiten bewährt sich diese Grundhaltung. Die Steyrer Bürger und die Bevölkerung der benachbarten Gemeinden sind mit ihren Produktions- und Handelsbetrieben durch Jahrzehnte und Generationen verbunden. Ausgezeichnetes Facharbeiterwissen, handwerkliches Können, traditionelle Sparten und technologisch moderne Erzeugungsmethoden sind das Ergebnis. Dies zu erhalten und auszubauen ist ein Gebot zur Sicherung des wirtschaftlichen Potentials, der Steigerung der Kaufkraft, aber auch der Vernunft. Die Nachteile der geographischen Lage sind durch geeignete Maßnahmen zu beseitigen, aber nicht zum Anlaß zu nehmen, gewachsene Strukturen zu vernachlässigen.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Herrn Bürgermeister für die Berichterstattung und stelle den Antrag zur Diskussion. Als erster hat sich gemeldet Herr Stadtrat Kinzelhofer.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren des Gemeinderates! Es ist eigentlich eine Formsache, daß ich als Sprecher der Soz. Fraktion zu dem Antrag unseres Bürgermeisters ja sage. Seine Initiative zu diesem Entwicklungskonzept hat ein solches Echo gefunden, wie es die Stadt Steyr kaum zu erwarten hatte. Von der gesamten Presse - das wurde bereits erwähnt - ob sie nun unabhängig oder parteiorientiert war, wurde das Entwicklungsprogramm positiv kommentiert. Ich glaube, es gab in Steyr keine Versammlung, wo nicht dieses Konzept auch diskutiert und besprochen wurde und positiv beurteilt wurde. Es ist auch bekannt, daß von Landes- und Bundesebene durchaus positive Stimmen einlangten. So

hat insbesondere der Bautenminister Moser auf das Entwicklungskonzept Bezug genommen, ebenso wie der Planungssachbearbeiter unseres Bundeskanzlers Dr. Kreis-ky. Ich glaube, wir alle haben es verspürt, hiermit einem Bedürfnis zu entsprechen, welches alle aufbauwilligen Steyrer und Steyrerinnen seit langem gehabt haben. Wer will schon in einer Schlafstadt leben, wer will schon tatenlos einer Stagnation oder gar einem Rückschritt zusehen? Auf den Lorbeeren der Vergangenheit auszuruhen, kann sich eine Stadt wie Steyr und auch eine sozialistische Mehrheit, wie sie in dieser Stadt seit Jahrzehnten besteht, einfach nicht leisten. Wir müssen die Gegenwart meistern und für die Zukunft vorsorgen. Als Arbeitnehmer und als Betriebsrat der Steyr-Werke freut es mich besonders, daß dieses Entwicklungskonzept auch in der Werksleitung der Steyr-Daimler-Puch AG Beachtung gefunden hat. Soliegen bereits dezidierte Erklärungen vor, die nächsten Betriebserweiterungen nur in Steyr durchzuführen und nicht etwa an anderen Standorten. Hier kann man von einem sehr handgreiflichen Erfolg der Initiative unseres Bürgermeisters sprechen. Uns geht es natürlich um die Sicherung der Arbeitsplätze. Diese für alle Krisenfälle so weit wie möglich abzusichern, verlangt eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur, und das muß das Fernziel sowohl dieses Entwicklungskonzeptes als auch des von uns in absehbarer Zeit zu beschließenden Flächenwidmungsplanes sein. Ausgewogenheit bedeutet aber nicht Reduzierung bestehender Arbeitsplätze zugunsten anderer Wirtschaftszweige. Ausgewogenheit kann nur sein, zusätzliche Arbeitsplätze im größtmöglichen Umfang zu schaffen. Es ist dies aber keine Frage einer einzelnen Fraktion, sondern sicherlich eine Angelegenheit, die dem gesamten Gemeinderat am Herzen liegt. Ich bin daher froh - das hat bereits der Bürgermeister Weiss ausgeführt - daß bereits bei der letzten Fraktionsobmännerbesprechung die grundsätzliche Zusage der anwesenden Fraktionsobmänner zu diesem heute durchzuführenden Beschluß des Gemeinderates abgegeben wurde. Heute, glaube ich, ist ein Tag, an dem kleinliche Überlegungen keinen Platz finden sollen. Gemeinsam sollen wir die Verantwortung sehen, die uns für die Zukunft dieser Stadt auf die Schultern gelegt wurde. Das Vertrauen unserer Mitbürger muß bei so ernstesten Situationen, wie sie derzeit bestehen, von uns gerechtfertigt werden. Nicht aber dadurch, daß wir vielleicht in kleinlichen stilistischen Dingen uns verlieren und politischen Streit suchen, sondern daß wir uns zu einem gemeinsamen Beschluß zusammenfinden, der geeignet erscheint, neue Wege für die Zukunft Steyrs zu erschließen. Sicher ist so ein Beschluß anfänglich nur Papier. An uns wird es liegen, diesem Konzept und diesem Beschluß Leben einzuhauchen, damit echte kommunale Arbeit zu leisten zum Wohle der Bevölkerung dieser Stadt. Ich wiederhole daher nochmals die Erklärung der Soz. Fraktion, daß wir dem Entwicklungskonzept und dem Antrag des Bürgermeisters Weiss vollinhaltlich zustimmen.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag und erteile Kollegen Fritsch das Wort.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren des Gemeinderates! Ich darf vielleicht eingangs meiner Erklärungen eines festhalten. Die Aussage meines geschätzten Vorredners, daß die heutige GR-Sitzung einen Inhalt aufzuweisen hat, der vielleicht bar jeglicher politischer Überlegungen sein sollte, ist zutreffend, denn die Zusicherung, daß auch meine Fraktion das Wohl, das Interesse unserer Stadt im Auge hat, ist des öfteren und heute hier noch einmal zum Ausdruck gebracht. Aus diesen Überlegungen heraus ist sich auch meine Fraktion nach langwierigem Durcharbeiten des ursprünglich vorgelegten Entwicklungskonzeptes klar geworden, daß in erster Linie ein Anstoß zu verzeichnen war, daß dieser Anstoß sicherlich durch die Materie aber auch durch die lang-

fristige Zielplanung bedingt nie vollständig sein kann. Ich glaube aber, daß jede Art von Arbeit in erster Linie einmal einen Beginn darstellen sollte, nicht das Ende. Wir alle miteinander wissen und das ist auch durch die Aussage des Herrn Bürgermeisters bekräftigt worden, daß das Konzept als solches immer wieder ausbaufähig sein muß, immer wieder zu überplanen, zu überdenken, zu ergänzen sein wird, um den Realitäten unserer Stadt jeweils Rechnung tragen zu wollen. Alle diese Überlegungen waren der Grundtenor der Haltung meiner Fraktion zum Entwicklungskonzept der Stadt Steyr. Innerhalb des Konzeptes besteht die Möglichkeit, durch entsprechendes Streben nach Vergrößerung, nach Aufwärtsentwicklung, nach der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, aber, die Betonung liegt auch darauf, auch der Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze gerecht zu werden. Dieses Konzept, das der Herr Bürgermeister vorgelegt hat, weist verschiedenste Detailvorschläge aus und ich gestatte mir, ein bißchen ins Detail einzugehen, um meine Betrachtungen nicht zu allgemein zu halten. Die Detailvorschläge befassen sich sicherlich - wie könnte es von der Natur der Sache heraus gesehen anders sein - in erster Linie um die Bemühung, Hilfeleistungen bei übergeordneten Stellen, Bund, Land, Interessenvertretungen, Unternehmungen, zu erhalten. Bei all diesen Bemühungen darf allerdings eines nicht übersehen und vergessen werden, daß und es ist bewiesen, in der Vergangenheit in der Geschichte unserer Stadt, daß in erster Linie aber auch die Initiativen und die beginnende Arbeit von der Stadt selbst auszugehen hat, von den Planungen, Überlegungen und Beschlüssen hier herinnen in diesem Gremium. Wenn nun die Fraktionen zur Stellungnahme zur Bürgermeistervorlage eingeladen wurden, so sind wir dieser Stellungnahme und dieser Einladung nachgekommen. Wir haben unsere Vorstellungen, unsere Abänderungen oder unsere anderen Gedanken schriftlich zu Papier gebracht. Es ist auch bei der letzten Fraktionsobmännerbesprechung erklärt worden und ich kann nicht umhin, das hier festzuhalten, daß auch eine gemeinsame Redaktionssitzung über das Entwicklungskonzept erfolgen sollte. Ich vermisse diese gemeinsame Redaktionssitzung, vielleicht unter einem gewissen Zeitdruck verursacht. Aber bei genauer Durchsicht des heute zur Beschlußfassung anliegenden Konzeptes kann festgehalten werden, daß sich in einigen wesentlichen Punkten die Änderungsvorschläge meiner Fraktion auch hier verwirklicht sehen. Daß sicherlich über verschiedene Ziele und über verschiedene Wege man geteilter Meinung sein kann, das liegt in der Natur der Sache begründet. Aus dem Gedanken heraus, verschiedene Wege für ein gemeinsames Ziel zu haben, aus diesen Gedanken heraus unterstützen wir auch dieses Entwicklungskonzept. Ich muß allerdings festhalten, daß eigentlich ein Konzept unter Umständen nicht in jedem, aber in manchen Punkten Alternativen bieten sollte, wo auch der vom Konzept und seiner Ausführung direkt Betroffene, also der Bürger unserer Stadt, vorher ein gewisses Mitspracherecht haben sollte. Es ist heute hier die offizielle Beschlußfassung. Vielleicht ist dadurch bedingt auch nicht eine Gemeindeversammlung, eine Bürgerversammlung, Stadtteilgespräche usw. diesbezüglich in die Wege geleitet worden. Vielleicht aber nun, sehr geehrte Damen und Herren, einige Überlegungen meiner Fraktion zum vorliegenden Konzept. Ich möchte hier festhalten, daß und da darf ich Sie vielleicht bitten, die Aufmerksamkeit auf die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse zu lenken, man über den forcierten Ausbau unseres gesamten Straßenverkehrsnetzes sicherlich geteilter Meinung sein kann. Ich glaube aber, daß der Ausbau einer Straßentrasse in Richtung Westen uns vordringlicher erscheint, auch leichter realisierbar, als z. B. die Anschlußstücke in das Bundesland Niederöster-

reich, denn damit in Verbindung mit dieser Überlegung stehen auch die Anschlüsse letztlich Voralpenbundesstraße, Pyhrnautobahn, die unseren eigenen Verkehrsnerv und gleichzeitig aber auch die Zubringer zu unserer Stadt aus dieser Region in erster Linie treffen. Wenn wir von Verkehr reden, darf man nicht in den Fehler verfallen, grundsätzlich nur den Straßenverkehr im Auge zu behalten. Genauso ist auch für den Lebensnerv unserer Stadt, für ihre Industrie, für Ihre Wirtschaft aber auch für die hier ansässige Bevölkerung ein forcierter Ausbau des Schienenverkehrsnetzes, also der Eisenbahnverbindungen, vonnöten. Es ist gefordert. Die Vorstellungen unserer Fraktion allerdings gehen diesbezüglich in den Forderungen etwas weiter. Wir glauben, daß es unbedingt notwendig sein müßte, die Eisenbahnverbindungen aus dem Bereich St. Valentin über Steyr nach Garsten zweigleisig auszubauen, denn gerade auf dieser Strecke bewahrheitet und beweist es sich tagtäglich, daß durch die eingleisige Verbindung die Verkehrsabgeschlossenheit unserer Stadt aber auch der Wirtschaft letztlich doch gegeben ist, daß also unter diesen Umständen, um auch unserer Wirtschaft und der heimischen Industrie einen rascheren Anschluß an das Westbahnnetz und einen verkehrsgünstigen Anschluß an das Westbahnnetz zu ermöglichen, es unbedingt notwendig hätte sein sollen, hier auch die Forderung klar zum Ausdruck zu bringen, der Ausbau dieser Teilstrecke sei zweigleisig zu forcieren. Wenn nun das Bemühen um die wirtschaftliche Situation vorwiegend um den Hauptwirtschaftsträger, sprich die Steyr-Werke, anerkannt wird, dann darf man dabei nicht übersehen - das ist auch im Entwicklungskonzept anderweitig zum Ausdruck gebracht - daß man auch daran gehen sollte, jene Wirtschaftsbereiche der nichtmetallverarbeitenden Branche einer größeren Forcierung zu unterziehen. Es ist zum Teil geschehen. Ich verweise aber daraufhin, daß gerade in unserem unmittelbaren Bereich vor einiger Zeit aus Umständen, die uns allen bekannt sind, eine metallverarbeitende Firma praktisch den Betrieb einstellen mußte, daß sie jetzt wieder mit Versuchen unter anderer Führung beginnt, daß aber auch gleichzeitig ursprünglich gemeint war, in jenem Areal einen Teil der Steyr-Werke endgültig zu situieren. Nachdem in diesem Konzept die Firma auch wortwörtlich genannt ist, darf ich mich darauf beziehen, daß es gerade um die Firma Riha und deren Nachfolge in erster Linie geht. Daß man hier versuchen sollte, auch von Seiten der Stadt alles zu unternehmen, um dort die Sicherung der Arbeitsplätze und wenn das dann geschehen ist unter Umständen auch eine Erweiterung dieser Firma in die Wege zu leiten. Es bestehen konkrete Vorstellungen und soviel mir bekannt ist, sind hier herinnen bereits entsprechende Gespräche geführt worden. Hier ist auch eine Möglichkeit für die Stadt Steyr in ihrer Gesamtheit gegeben, auch im Sinne des Entwicklungskonzeptes dabei unterstützend tätig sein zu können. Vielleicht noch eine Firma, die in früherer Zeit in der Stadt Steyr sehr reich tätig war, sicherlich durch die Natur bedingt jetzt etwas weniger Tatkraft entwickeln kann. Es handelt sich um die Sicherung des Bestandes der EKW. Hilfsmaßnahmen hätten eigentlich für diese Firma früher erfolgen sollen, denn in der Zwischenzeit, das ist uns allen bekannt, ist eine Kapital- und Personalreduzierung eingetreten. Das soll nicht heißen, daß man nun die EKW-AG nicht wiederum im entsprechenden Ausmaß wieder wird aufleben lassen können. Aber auch hier muß von Seiten der Stadt Steyr selbst einiges unternommen werden, um die Arbeitsplätze, die sicherlich nicht auf den Bereich der Stadt Steyr allein beschränkt sind, sondern für die Umlandregion zielbar sind, etwas getan werden könnte. Noch einige weitere Bemerkungen und hier spielt vielleicht wieder mein Beruf mit hinein. Überörtli-

.....

che Einrichtungen des Bundes, Bau, Ausbau-mittlerer, höherer Lehranstalten sind im vorliegenden Entwicklungskonzept gefordert. Man darf dabei eines nicht übersehen. Die Stadt Steyr hat sich bereits als Schulstadt deklariert und ist auch als solche bekannt. Daß aber nur mehr über die bestehenden Schulen hinaus geringfügig eine Ausweitung wird möglich sein können, dessen sind sich hier viele von uns sicher. Der Ausbau einer höheren Lehranstalt ist etwas anderes und leichter zu forcieren, als wie der Bau. Wenn wir schon eine Höhere Lehranstalt ausbauen wollen, dann denken wir alle miteinander an diese immer wieder geforderte, von allen Stellen geforderte und an den Bund zig Mal herangetragene Überlegung, doch die HTL Steyr auszubauen. Vielleicht hilft dieses Konzept. Vielleicht hilft der Inhalt dieses Konzeptes mit, den lang versprochenen Bau dieser Anstalt auch endlich zu realisieren. Aber, und hier bleibe ich vielleicht auf dem Boden der Realität, denken wir bitte daran und hier spreche ich namens verschiedener Eltern, daß man heutzutage durch den Bau mittlerer, höherer Schulen eigentlich im Bezug auf die technische Ausrichtung man wenig Möglichkeiten hat, Mädchen unterzubringen. Hier sind Forderungen zum Teil bereits erhoben und zum Teil auch bereits in konkreterem Gesprächsstadium, nach der Errichtung der höheren Lehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe aber und das sei hier nicht verschwiegen, eine Forderung, die nichts oder fast nichts kostet, die aber der Situation unserer schulabgehenden Mädchen entspräche, die Errichtung des Zweiges eines wirtschaftskundlichen Realgymnasiums für Mädchen im Bereich des Realgymnasiums Steyr. Hier ist nur der Einfluß der Stadt Steyr vonnöten. Hier ist nur die konkrete Forderung dafür vonnöten, finanzielle Mittel nicht. Soweit mir bekannt ist, würde auch damit in Verbindung gebracht sich erstens die Schule, die Lehrer, die Eltern und ich hoffe auch durch entsprechend zielgerichtete Verhandlungen das zuständige Ministerium dafür einverstanden erklären. Warum ich das sage, möge bitte - heute ist Gelegenheit dazu - sehr leicht erklärt werden. Die hier anwesenden Damen mögen mir darüber nicht sehr böse sein, aber gerade die technische Richtung ist für Mädchen nicht immer gegeben. Wirtschaftskundliches Realgymnasium ist ausgerichtet auf Matura, ist ausgerichtet aber auch auf frauenpraktische Berufsarbeit. Die Mädchen, die aus den Hauptschulen in erster Linie abgehen und eine höhere Schule besuchen wollen, und ich glaube der hier anwesende Bezirksschulinspektor wird es mir bestätigen, haben unter Umständen ein gewisses Plus zu verzeichnen, wenn man diesen Zweig schaffen würde. Daher ausgebreitet diese Forderung hier. Ich bitte auch, sich mit den entsprechenden Stellen diesbezüglich ins Einvernehmen setzen zu wollen. Wenn wir nun vielleicht von der Schule weggehen und hier seien mir - ich bin aufgefordert worden durch den Herrn Bürgermeister - einige kritische Bemerkungen zu manchen anderen Dingen gestattet. Vielleicht auch dahingehend kritisch vermerkt, daß man - und ich komme wieder auf die eingangs geschilderten Verkehrsprobleme zurück - Verkehrsprobleme wird auch lösen müssen innerhalb unseres sogenannten innerstädtischen Verkehrsrings. Der Ausbau des Verkehrsrings, der Endausbau ist voranzutreiben. Das ist auch im Konzept enthalten. Aber mit diesem Ausbau erhebt meine Fraktion immer wiederum die Forderung, inkludiert den Brückenneubau, die Erstellung eines zeitgerechten Verkehrskonzeptes für unsere Stadt selbst. Nicht aber den jeweiligen entwicklungsmäßig sich ergebenden Möglichkeiten und Notwendigkeiten angepaßt. Ich glaube, hier wäre auch ein Konzept, ein langfristiges Konzept bereits vonnöten. Denn dann könnte man allen unseren Bürgern sagen, so wird es wahrscheinlich sein, wobei nicht ausgeschlossen und ausge-

schaltet ist das entsprechende Mitspracherecht unserer gesamten Bevölkerung diesbezüglich innerhalb der Stadt Steyr. Wenn ich nun zu Kritiken komme, dann vermisse ich eine erhobene Forderung meiner Fraktion im vorgelegten Konzept. Es dreht sich nicht darum, kommerzielle politische Plakatwerbung einzuschränken, es dreht sich nicht einzig und allein darum, Veranstaltungsprogramme der Fremdenverkehrsverbändegemeinschaft in die Wege zu leiten und zu erstellen. Ich glaube, es würde sich auch darum drehen, in erster Linie eine ständige Kultureinrichtung zu schaffen, sei es auf musikalischem oder anderem künstlerischem Gebiet. Die Räumlichkeiten dazu wären vonnöten und es wäre dies eine echte kulturelle Leistung unserer Stadt Steyr auch im Rahmen der Entwicklung, vielleicht auch im Rahmen unserer künstlerischen Entwicklung. Vielleicht auch zielgerichtet diese Forderung auch dahingehend erhoben, daß uns die bevorstehende Tausendjahrfeier alle Möglichkeiten dafür a priori bietet. Wenn wir nun zum technischen Detail des Konzeptrealisierens kommen, dann darf ich auf einige Punkte hinweisen, die uns nicht 100 %ig zusagen. Vielleicht dieser Punkt, daß die Einführung von Informationstagen ja sowieso erstens gefordert wird in den verschiedenen Statutenreformvorschlägen, daß aber diese Informationen der Bürger unserer Stadt durch periodisch abzuhaltende Stadtteilgespräche stattfinden sollen, das war unsere Vorstellung. Denn gerade gezielte Probleme eines Stadtteiles werden auch von den Bürgern dieses Stadtteiles wesentlich eher und wesentlich genauer überlegt, geplant und auch letztlich beratend beschlossen werden, als wie jene, die den gesamten Kreis der Stadt Steyr betreffen. Man müßte das Interesse der Bürger, das sich in erster Linie auf die von ihnen bewohnten Stadtteile erstreckt, gezielter fördern und dazu waren unsere Überlegungen der periodisch abzuhaltenden Stadtteilgespräche eingebracht. Dasselbe gilt nun für jene Gremien, die in erster Linie zur Realisierung dieses Entwicklungskonzeptes - es steht hier Aktionsprogramm - herantreten oder eintreten sollten. Im vorliegenden Vorschlag ist für das Komitee geplant das Magistratspräsidium erweitert um Fraktionsvorsitzende als beratende Mitglieder usw. Wir waren der Meinung, daß jenes Komitee eigentlich vergrößert gehört. Vergrößert zumindestens um jenen Personenkreis, der sich die ganze Zeit schon mit gewissen Planungen unserer Stadt Gedanken macht. Dieser Personenkreis ist der bekannte Präsidial-Planungsausschuß, den man dann erweitern könnte. Man könnte hier mehrere Sprichworte einbringen. Wenn ein Sprichwort wäre, das dann hieß oder tonangebend wäre, das da heißt "viele Köche verderben den Brei", dann würde unter Umständen das Magistratspräsidium als kleiner Personenkreis als geringe Kochzahl ausreichend sein. Aber man soll nicht glauben, daß gerade jener kleine Personenkreis, wie hier im Aktionsprogramm vorgeschlagen, alles wissen kann, alles überdenken, alles planen kann, alle immer wieder neue Ideen gebärend. Daher unsere Vorstellung nach zumindestens Erweiterung jenes Komitees auf den Personenkreis des Präsidialplanungsausschusses und vergrößert und dementsprechend erweitert in dem Entwicklungsprogramm hervorgebracht.

Es gibt darüber und das sagte ich eingangs, sicherlich verschiedene Wege für ein gemeinsames Ziel. Es gibt auch verschiedene Überlegungen, wie weit nun ein Konzept realisierbar sein wird. Aber das muß man festhalten: In erster Linie ist es einmal notwendig, nach einem Konzept vorzugehen. Dieses vorliegende, von Herrn Bürgermeister heute zum Antrag erhobene Konzept, beinhaltet zum geringeren Teil allerdings die Änderungsvorschläge meiner Fraktion. Das sagt aber nun nicht aus, daß man sich dagegen stellt, denn das Gemeinsame, gerade

für die Entwicklung der Stadt und ihrer Bürger in erster Linie Maßgebende, soll Richtschnur für unsere Haltungen zum Konzeptbeschuß darstellen. Wir wollen auch versuchen, in allen jenen Gremien, die dann zur Realisierung dieses Konzeptes schreiten, im gegebenen Zeitpunkt unsere Vorschläge, unsere Vorstellungen erheben. Wir bitten Sie jetzt schon dazu um Ihre entsprechende Zustimmung. Warum? Denn auch diese Überlegungen sind dann getragen von einem Gedanken, die Stadt Steyr größer, schöner und lebenswerter zu machen. Diese Überlegung ist bar jeglicher kleinlicher politischer Denkweise. Wie ich aus diesen Darstellungen nochmals resümieren darf, gebe ich hiermit offiziell die Zustimmung meiner Fraktion zum heute hier zum Antrag erhobenen Konzept ab.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag. Als Nächster hat sich gemeldet Gemeinderat Fuchs.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Mit Genugtuung nehmen wir heute zur Kenntnis und erklären uns zu kooperativen Handlungen bereit, daß bei dieser GR-Sitzung der Beginn dafür gesetzt wird, daß sich die Verantwortlichen der Stadt Steyr mit Alternativkonzepten und Aktionsprogrammen um die Zukunft dieser Stadt und dessen Umland sorgen. Am 23. 9. 1976 wurde durch Herrn Bürgermeister mit der Erstvorlage eines Entwurfes, das sich Entwicklungskonzept der Stadt Steyr und deren Umlandregion nannte, der Gemeinderat erstmals offiziell mit der z. B. von uns seit Jahren auch antraglich unterstützten Forderung nach langfristigen Planungskonzepten konfrontiert. Wir begrüßen daher diese Initiative und hoffen, daß diese nicht zu spät gestartet worden ist. Die Sorge um die sehr unterschiedliche Entwicklung des 3. öö. Zentralraumes Steyr haben wir Freiheitlichen bereits vor Jahren geäußert und mehrmals akkordierte Aktionen des gesamten Gemeinderates verlangt. Wir haben mittel- und langfristige Konzepte verlangt, weil wir Steyrer offensichtlich Gefahr laufen, daß uns der Linzer und Welser und unter Umständen auch der Ennsner Raum entwicklungsmäßig davonlaufen und weil wir leider vom öö. Raumordnungsbeirat, Steyr betreffend, so gut wie gar nichts gehört haben, außer, daß man den Räumen Wels und Linz und Enns alles gewähren will und den Steyrer Regionalraum so gut wie ignoriert hat. Diese Tatsache erfordert von uns konzentrierte und koordinierte Gesamtktionen, die dann Gewicht erhalten, wenn der gesamte Gemeinderat zu einhelligen Auffassungen über die Entwicklungsplanung Steyrs gelangt. Bei jeder Budgetsitzung haben wir Ihnen die sich abzeichnende Negativentwicklung deutlich vor Augen geführt und vor weiteren wirtschaftlichen und verkehrsmäßigen Stagnationen gewarnt. Ein im Jahr 1975 von uns abgefaßter Resolutionsentwurf, als Gesamtvorlage des Gemeinderates an Land und Bund gedacht, wurde bedauerlicherweise von Herrn Bürgermeister damals zumindest nicht zur Kenntnis genommen. Bedauerlicherweise wurde auch ein Antrag unserer Fraktion vom 13. 12. 1973 bei der darauffolgenden GR-Sitzung am 31. 1. 1974 von der Mehrheitsfraktion abgelehnt. Dieser Antrag mit folgendem Wortlaut hat nur die Zustimmung der ÖVP- und natürlich unserer Fraktion gefunden. Ich erlaube mir, aus dem GR-Protokoll vom 13. 12. 1973, Seite 261, zu zitieren: Der Gemeinderat wolle beschließen, ab dem Rechnungsjahr 1974 alles zu versuchen, damit die angeführten negativen Erscheinungen Steyrs, Stagnieren der Wirtschaft, Struktur-schwächen usw. sich nicht weiter verschlechtern sondern verbessern. Durch eine

generelle Bestandsaufnahme sollen die Planungsvoraussetzungen getroffen werden, die eine umfassende Stadt- und Regionalplanung garantieren. Außerdem soll durch den Finanz- und Rechtsausschuß unter Beiziehung von Experten aus Finanz- und Wirtschaftskreisen ein mittel- und langfristiges Budgetkonzept mit katalogisierter Übersicht der Investitionsprioritäten erarbeitet werden und dem Gemeinderat zur Begutachtung und Beschlußfassung vorgelegt werden. Gestatten Sie mir auch den am 31. 1. 1974 vorgelegten Amtsbericht auf diesen Antrag hin zu zitieren aus dem Protokoll der GR-Sitzung vom 31. 1. 1974, Seite 13. Der Gemeinderat wolle beschließen, auf Grund des Amtsberichtes erscheint eine formelle Beschlußfassung über den Antrag der Freiheitlichen Fraktion im Gemeinderat Steyr vom 13. 12. 1973 betreffend langfristiger Budgetkonzepte vorläufig nicht erforderlich. Sie sind also bedauerlicherweise damals einer bereits dringend erkannten Notwendigkeit ausgewichen. Schon vor Jahren und natürlich heute besonders ist erkannt worden und ist bekannt, erstens die auch heute im Amtsbericht vorgelegte antragformulierte negative Wirtschaftskraft Steyrs, zweitens die Strukturschwächen, 3. mangelnde Raum-, Stadt- und Regionalplanung. 4. Mangelnder Zuwanderungsgewinn Steyrs, der unsere Stadt von 1961 auf 1971 erst an 8. Stelle von den 11 größten öö. Gemeinden ausweist und 5. das immer schlechter werdende Verhältnis zwischen eigenem Steueraufkommen und Bundesertragsanteilen. Aber man wollte damals zumindest außer Einzelaktionen keine Gesamtaktionen setzen. Wir bedauerten dies sehr, sind aber nun froh, daß es dem Gemeinderat nun möglich ist, aktiv an einem Aktionsprogramm mitzuarbeiten und dieses Aktionsprogramm verdient natürlich von unserer Seite aus volle Unterstützung. Diese Unterstützung bzw. die Sorge um unseren regionalen Entwicklungsabfall haben ja auch andere Gremien geäußert. Als sehr bedeutend möchte ich die Aktionen der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter des Bezirkes Steyr anführen. In einer Resolution haben namhafte Sprecher, darunter auch ein Kollege hier im Gemeinderat, diesen Steyrer Negativtrend mit erschreckender Nüchternheit und sehr real abschreckendem Zahlenmaterial so anschaulich dargestellt, daß man tatsächlich in Richtung einer Verbesserung unserer Wirtschaft, Infrastruktur und Strukturschwächen alles unternehmen soll, was nur irgendwie möglich ist. Hier gehe ich konform zum werten Sprecher zuvor, Herrn Bürgermeister Fritsch. Er hat hier dasselbe betont. Allerdings sollten wir uns vor übertriebenem Optimismus und vor Erwartungen, daß von außen oder von oben allein unsere Schwächen behoben werden, hüten. Mit Vorsprachen von Delegationen allein werden Sie vielleicht mit manchen Zusagen rechnen können, die sind erfreulicherweise bereits eingelangt, aber den Gesamtnegativtrend damit höchstens abbremsen können. Es muß in Zukunft mehr geschehen und es wird nach dieser Beschlußfassung über diesen Antrag heute einiges Positives hoffentlich passieren. Vor allem erwarten wir uns durch das permanent tagende Komitee für Entwicklungsprobleme der Stadt Steyr zwar nicht alles, aber einiges Positives. Für die Zukunft allerdings wäre folgendes beispielsweise sehr dienlich. Die Ausarbeitung eines fundierten Werkes einer alle Dimensionen und Strukturen unserer Stadt und das Umland betreffenden Vorlage einer analytischen Studie. Eine solche Studie kann erst die Grundlage eines Stufenentwicklungsplanes bzw. eines Stufenentwicklungskonzeptes für uns sein. Denn das, was uns als Entwicklungskonzept vorgelegt wurde, ist ein Aktionsprogramm mit 34 an Land und Bund gerichteten Forderungen. Ein fundiertes Entwicklungsmodell für Steyr mit einer auf mittlere und längere Sicht aufgebauten und budgetären Festlegung von Gesamt- und Detailzielen mit Prioritätenzuordnungen ist nur ansatzmäßig im April 1974

durch Beschluß des Gemeinderates gültig bis 1978 entstanden und vorhanden. Sie werden uns sicherlich vielleicht entgegenhalten wollen, daß wir als Gemeinderat nicht besonderen Einfluß auf den Bau von verbesserten Zufahrtsstraßen, auf die S 37, auf den Ausbau des Schienennahverkehrs, etwa Linz - St. Valentin, Steyr - Garsten nehmen können oder vielleicht auf den Wunsch, der auch schon einmal in einer Informationssitzung vorgetragen wurde, nach einem Schienenring Linz - Wels - Steyr - Linz. Daß wir auch hier nicht Einfluß nehmen könnten, das stimmt aber nicht. Andere Regionen geben uns dafür die besten Beispiele, die nach dem Motto "Wer sich mehr wehrt, wird gehört" vorgehen. Wir sollen uns, wenn schon der Titel Entwicklungskonzept für Steyr gewählt wurde, auch innerstädtische durch uns selbst zu bewältigende Entwicklungsdetailpläne auferlegen, um das Gesamtkonzept flankierend unterstützen zu können. Dazu gehören nur die Stadt betreffend 1. grundlegende Bestandsaufnahme über die bisherige Entwicklung der Wirtschaft, der Arbeitsplätze, der Berufsstrukturen, der Entwicklung der Industrie, des Gewerbes, des Handels, des Ausbildungsstandes, der Einwohnerentwicklung, der Arbeitspendler von und nach Steyr, zumindestens aus den letzten 2 Jahrzehnten und daraus resultierend die Veränderungsentwicklung aus diesen letzten 20 - 25 Jahren. 2. Feststellung von Prognosen, die dann leicht festgestellt werden können, wenn ein derartiges Grundlagenmaterial vorhanden ist, wie ich vorhin unter Punkt 1) erwähnte, und zwar sollten sich diese Prognosen auf den Istzustand beziehen, also wenn am derzeitigen Wirtschafts- und Strukturenverlauf der Stadt Steyr nichts verändert werden würde. Die so offen dargelegten Prognosen der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter, Bezirk Steyr, bezüglich des Sinkens der Einwohnerzahl und der rückläufigen Beschäftigungstendenz wären in etwa bereits ein Teil zu dieser Prognosenfixierung. Die 3. analytische Arbeit wäre die Erarbeitung und Festlegung von Gesamtzielen hinsichtlich allgemeiner Strukturenentwicklungen und Verbesserungen der Stadt. Diese Zielfindung und Zielfestlegung kann erst dann erfolgen, wenn wirklich alle analytischen Entwicklungsdaten und Prognosen über die Stadt vorhanden sind. 4. Sind erst dann Detailziele festzulegen, natürlich auch budgetärer Natur mit Prioritäten. Ein alle Stellen, alle Gremien, alle Persönlichkeiten von Land und Bund überzeugendes Stufen-Entwicklungsmodell bzw. Plan wäre dann das anerkannte und unwidersprochene Produkt dieser Bemühungen. Herr Bürgermeister, Ihr jetzt von Herrn Magistratsdirektor im Amtsbericht neu als Entwurf eines Entwicklungskonzeptes betitelttes Papier wäre, wenn es in der Urfassung vorgelegt worden wäre, teilweise als fast utopisch angesehen worden. Wir haben heute von einer Idealannahme gesprochen. Sicherlich, jeder wünscht sich die Idealannahme, aber niemand, der sich ernsthaft mit bevölkerungspolitischen Entwicklungen und städtebaulichen Konzeptionen beschäftigt, könnte z. B. die in Ihrer Erstvorlage genannten Planungsvorhaben, die Sie heute als Idealfall betitelt haben von 70.000 Einwohnern oder die genannte Vermehrung von beinahe 10.000 Arbeitsplätzen so real hinnehmen. 10.000 zusätzliche Arbeitsplätze in unserem bereits stark verbauten 27 km² Stadtgebiet würden die Ausweitung von mindestens 200 ha Flächen erfordern. Das Planungsziel der Steyrer beispielsweise bis 1990 oder meinetwegen bis zum Jahre 2000, 70.000 Einwohner als Idealfall zu erreichen, ist leider grundlagenmäßig in Steyr auf Grund dieser Flächenbilanz nicht gegeben. Denn samt Folgeeinrichtungen und infrastrukturellen Einrichtungen wären dafür selbst bei Hochbauweise mindestens 15 zusätzliche km² Fläche notwendig. Das wäre etwa ein Gebiet so groß wie die auch eng verbaute Stadt Vöcklabruck. Oder man müßte ganz Dietach eingemeinden. Aber wer ist schon für eine Zerschlagung

von Gemeinden? Wir nicht. Ein weiteres Beispiel für diese ursprünglichen Annahmen oder Idealvorstellungen. Jetzt besitzt Steyr 40.000 Einwohner. Um auf 70.000 zu kommen, müßte die jährliche Zuwachsrate bis 1990 $3,7\% = 1.554$ Personen betragen. Ich glaube, auch davon können wir nicht real denken, ich glaube, das wäre ein Alptraum. Der Bezirk Steyr-Land weist derzeit 52.729 Einwohner auf. Ich glaube kaum, daß jemand den ernsthaften Versuch unternehmen will und kann, von diesen 52.729 Einwohnern 57 % nach Steyr-Stadt umzusiedeln. Das wären die 30.000 notwendigen Bewohner bzw. Einwohner, um eben auf diese Traumzahl, diesen Idealfall zu kommen. Aber im heute zu beschließenden Antrag ist ohnehin nichts Ähnliches zu sehen bzw. zu vernehmen. Ich nehme an, daß unsere am 2. 2. 1977 bei der Fraktionsobmännerbesprechung abgegebene Stellungnahme auch in dieser Beziehung doch anerkannt wurde und es uns daher heute wesentlich leichter fällt, dieses laut Amtsbericht vorliegende realere Konzept eines Aktionsprogrammes voll zu unterstützen. Vor allem können wir uneingeschränkt den Antrag hinsichtlich der 34 Schritte oder Forderungen die Zustimmung erteilen. Wir hoffen, daß der gemeinsame Vorstoß des Gemeinderates beim Herrn Bundeskanzler, bei den Fachministern, beim Herrn Landeshauptmann und anderen Persönlichkeiten von Erfolg begleitet werden kann. Zuletzt noch einige Anregungen. Wir würden empfehlen, daß sich die heute konstituierenden Gremien, Komitees und Delegationen auch bei den Vertretern des öö. Raumordnungsbeirates um die Verwirklichung der Steyrer Entwicklungskonzepte und Pläne bemühen. Es ist nämlich nicht unüblich, daß z. B. eine Delegation, eine Steyrer Delegation den Raumordnungsbeirat ersucht, bei einer der nächsten Sitzungen des Raumordnungsbeirates beizuwohnen, um dort unsere Anliegen gesamtmäßig vortragen zu können. Wir könnten uns also dort selbst einladen. Auch das dürfte, glaube ich, eine flankierende Positivmaßnahme sein. Eine 2. Anregung wäre, in Wien zu fordern, vor allem bei Ihren Ihnen nahestehenden Ministern zu fordern, daß die Nahverkehrsmilliarden aus der Kfz-Steuer regional gerechter aufgeteilt werden mögen. Nicht nur zum größten Teil in Wien für den U-Bahnbau, für den Straßenbahnausbau bzw. für den O-Buslinienausbau Verwendung finden. 3. Ob es dem Komitee für Entwicklungsprobleme der Stadt Steyr, das sich nun bald konstituieren wird, allein gelingt, alle auch für Steyr-Umland zu bewältigenden Maßnahmen und Probleme in den Griff zu bekommen, ist echt anzuzweifeln. Daher unsere Anregung, so rasch wie möglich zu trachten, einen Planungsverbund Steyr-Stadt mit Steyr-Umland zu schaffen, dadurch könnte besser koordiniert und unsere Forderungen wesentlich gewichtiger deponiert werden. Ich wünsche namens der FPÖ-Fraktion, daß die von allen Rednern vorgebrachten Positivargumente und Anregungen auch auf fruchtbaren Boden fallen mögen und daß die gemeinsamen Vorstöße und Zielplanungen zum Nutzen der Stadt Steyr, der Region Steyr und der betroffenen Bevölkerung ausfallen werden. Bezüglich der weiteren Entwicklung soll die künftige Devise lauten: Nicht Reaktion sondern Aktion soll unser künftiges Handeln bestimmen.

Danke.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag und erteile als nächstem Sprecher Kollegen Treml das Wort!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinde-

rates!

Das uns vorliegende Entwicklungskonzept, wie schon angeführt wurde, hat unser Bürgermeister Weiss am 23. 9. des Vorjahres uns Gemeinderäten vorgelegt und hat es ordnungsgemäß eingebracht und auch schon in der letzten Informationssitzung kam es zu einer ausführlichen Diskussion darüber. Schon bei der Informationssitzung am 13. 1., glaube ich, zeigte sich, daß alle Parteien, die im Gemeinderat Steyr vertreten sind, einig sind. Die Entwicklung und Zukunft von Steyr und deren Umlandregion bzw. Gemeinden kann nicht darin liegen, daß die Stadt Steyr und der Bezirk Steyr von einem traditionellen Gewerbe- und Industriegebiet zu einem Dienstleistungs- und Schlafgebiet für den öö. Zentralraum Linz und Wels wird. Daß Steyr heute eine Außenseiterrolle im Zentralraum OÖ. spielt, daran ist nicht allein die verkehrsmäßige Abgeschlossenheit schuld, vielmehr ist schuld, daß man dem Druck des Steyrer Werkskonzerns, keine Werksansiedlung im Raum Steyr zuzulassen, seitens der Mehrheitsfraktion bzw. ihrer ehemaligen Repräsentanten erlegen ist. Aber auch die derzeitigen Abgeordneten Steyrs im Nationalrat sowie im OÖ. Landtag haben zwar in der letzten Zeit einige Male von der verkehrsmäßigen Benachteiligung der Stadt Steyr sowie des Enns- und Steyrtales gesprochen. Aber, meine Damen und Herren des Gemeinderates, eine Tat oder eine Aktion wurde weder von den SPÖ- noch von den ÖVP-Abgeordneten gesetzt. Als Sprecher der Komm. Partei unterstütze ich alle Maßnahmen, die zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse führen. Dazu gehört die rasche Inangriffnahme und der Bau der Schnellstraße S 37, der Ausbau der Voralpen- und der Eisenbundesstraße sowie der weitere Ausbau des städt. Verkehrsnetzes und die bereits von Bautenminister Moser zugesagte Inangriffnahme der Märzenkellerumfahrung im Stadtgebiet. Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Das Hauptproblem liegt jedoch nach Meinung der Kommunistischen Partei in der Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze und für die Zukunft die Schaffung neuer Betriebe und neuer Arbeitsplätze. Die Arbeitsmarktsituation im Bezirk Steyr ist dadurch gekennzeichnet, daß die Zahl der Arbeitsplätze in den letzten 5 Jahren kaum zugenommen hat, ja die Zahl der Betriebe in den Umlandgemeinden ist sogar zurückgegangen trotz jahrelanger Hochkonjunktur. Während in der Stadt Steyr selbst in den letzten 5 Jahren die Arbeitsplätze um rund 500 zugenommen haben, sieht die Entwicklung im Bezirk folgendermaßen aus: Im Jahre 1972 gab es noch 1.861 Betriebe mit insgesamt 27.076 Arbeitern und Angestellten. Aber im Jahre 1976, also im Vorjahr, war schon die Anzahl der Betriebe um fast 100, also genauer gesagt 299, auf 1.762 abgesunken und die Zahl der Beschäftigten lag mit 27.238 nur um eine Kleinigkeit über dem Stand von 1972, zu welchem Zeitpunkt die Zahl der Arbeitsplätze 27.046 betragen hat. Daß es sich bei diesem geringen Zuwachs in Wirklichkeit um ein beträchtliches Zurückbleiben hinter den Erfordernissen handelt, geht daraus hervor, daß, um alle Arbeitskräfte unterzubringen, in OÖ. jährlich rund 8.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden müßten. Es liegt klar auf der Hand, daß ein relativ großer Anteil davon auch auf die Stadt Steyr und deren Umlandregion entfallen müßte. Daher wird sich in ganz Oberösterreich und vor allem auch in der Stadt Steyr sowie im Bezirk die Situation auf dem Arbeitsmarkt schon in nächster Zeit zuspitzen. Vor einigen Tagen wurde im Bericht des Landesarbeitsamtes festgestellt, daß sich in der Metallbranche des Raumes Steyr größere Veränderungen ergaben und sich durch Personalabbau die Arbeitsplätze weiter verringert haben. Wir wissen auch, daß in den nächsten Jahren viele junge Menschen in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden müssen und dem gegenüber steht, daß durch Rationalisierungsmaßnah-

men und Betriebsstillegungen bzw. Einschränkungen Arbeitsplätze verloren gehen. Priorität ist daher bei allen Überlegungen, die wir anstellen, die Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze und für die weitere Entwicklung die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Betriebsgründungen und durch die Erweiterung der bereits bestehenden Betriebe, vor allem in den Steyr-Werken. Wir verfügen über eine traditionsreiche Arbeiterschaft, die im Fahrzeugbau und Maschinenbau bestens qualifiziert ist und die heute schon dazu beiträgt, daß die großen Steyr-Werke mit dem zweitgrößten Steyrer Betrieb, der GFM, auch der harten internationalen Konkurrenz begegnen können. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen und der Kooperationen mit den sozialistischen Ländern ist dabei, wie sich in den Jahren 1975 und 1976 zeigte, eine wichtige Stütze für die Beschäftigung in und um Steyr. Nun, meine Damen und Herren des Gemeinderates zur Frage einer eigenen österreichischen Pkw-Produktion. Ich hätte diese Frage am 13. 1. schon gestellt, als zu uns die beiden Vertreter der Steyr-Werke, Generaldirektor-Stellvertreter Dipl. Ing. Feichtinger sowie auch der Vorstandsdirektor Herzig hier im Gemeinderat anwesend waren und es wäre sicherlich interessant gewesen, welche Haltung diese führenden Männer dieses großen Betriebes zu dieser Frage gehabt hätten. Aber leider wir waren offenbar in sehr großer Zeitnot und es gab zu diesen Fragen bzw. zu den Ausführungen keine Diskussion. Aber, meine Damen und Herren, wie Sie sicher wissen, wurde die Firma Porsche durch den ÖIAG-Chef Geist beauftragt, ein entsprechendes Gutachten auszuarbeiten und auch der Zentralbetriebsrat der Steyr-Werke hat sich in seiner letzten Sitzung am 23. 11. 1976 mit diesem Problem eingehend beschäftigt und eine Resolution an Bundeskanzler Kreisky, Vizekanzler Androsch, Minister Staribacher und an die Generaldirektion der Steyr-Werke abgesandt. In dieser Resolution wird hingewiesen, daß die Arbeitnehmer der Steyr-Werke an diesem Projekt bzw. dieser Pkw-Produktion mitarbeiten wollen. Die Produktion von Pkws wäre auf dem Areal des Ni-Werkes in Herzograd in Niederösterreich gegeben, allerdings heißt es in der Resolution einschränkend weiter, wir hielten es für zweckmäßig, wenn bei der Namensgebung der Begriff Steyr aufscheint, gleich welche Kombination immer berücksichtigt würde, da dieser Name auf dem Auto- bzw. Fahrzeugmarkt sowohl im In- und Ausland ein Qualitätsbegriff ist, so daß uns auch von der Sicht des Absatzes her eine Mitbeteiligung von Steyr als zielführend schiene. Die Komm. Partei war als einzige Partei seit dem Jahre 1945 für eine eigene Pkw-Produktion in Steyr eingetreten. In den 50iger Jahren wurde im Hauptwerk ein Prototyp entwickelt und vom Einfahrer Koll. Gustl Tunko sowie vom Techniker Ing. Dienelt einem harten Test unterzogen und für produktionsreif erklärt. Aber dieser Prototyp wurde der Öffentlichkeit nie vorgestellt und verschwand in den Kellerräumen des Hauptwerkes, da die Amerikaner an einer eigenen österreichischen nationalen Pkw-Produktion aus Konkurrenzgründen nicht interessiert waren. Im Entwicklungskonzept der Stadt Steyr müßte auch die Stellung des Gemeinderates zu der geplanten eigenen österreichischen Pkw-Produktion und des Standortes einen Niederschlag finden. Allerdings müssen wir bei diesem Konzept die Strukturschwächen in und um Steyr einbeziehen. Es müßten meiner Meinung nach jetzt schon Überlegungen angestellt werden, wie sich der Gemeinderat der Stadt Steyr einschalten könnte, um diese eminent wichtige Frage voranzutreiben. Es ist mir und meiner Partei natürlich klar, daß die Einflußnahme auf Privatbetriebe und die Industrie im derzeitigen kapitalistischen Wirtschaftssystem durch die öffentliche Hand und die Beschäftigten schwer möglich ist bzw. durchzusetzen ist. Dies zeigen uns einige Beispiele im Bezirk Steyr.

Aus Konkurrenzgründen war die Messer- und Besteckindustrie, Firma Hack, gezwungen zu rationalisieren und den Beschäftigungsstand seit 1960 von 385 Arbeitern und Angestellten auf ca. 60 zu verringern oder wegzurationalisieren. Die Besteckfabrik Neuzeughammer wurde gesperrt und rund 160 Arbeiter und Angestellte verloren ihren Arbeitsplatz. Durch die Etablierung einer neuen Firma konnten nur mehr 60 Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden. Auch bei dem Mittelbetrieb, der heute angezogen wurde Euromarketing Riha, ein Zweigbetrieb eines verstaatlichten Betriebes, gab es noch vor wenigen Jahren 340 Arbeitsplätze und jetzt durch die Neugründung einer Firma nur mehr 70 Beschäftigte.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Bekanntlich wollten die Steyr-Werke im Frühjahr 1976 ihren Zweigbetrieb in Letten stilllegen. Die dortige Bohrererzeugung in diesem Werk wurde eingestellt und die Betriebseinrichtungen an eine Firma in der Steiermark abgestoßen. Nur durch ein gemeinsames Auftreten der Gemeinde Sierning, unter Bürgermeister Josef Breurather und des gesamten Arbeiterbetriebsrates der Steyr-Werke einschließlich auch des Kommunisten Mascher, konnte die Stilllegung dieses wichtigen Betriebes der Gemeinde Sierning verhindert werden. Daher ist meiner Meinung nach die Forderung im Konzept besonders zu unterstützen, dort wo strukturell bedingt unvermeidlich Betriebe eingeschränkt oder stillgelegt werden, sind vorher geeignete Ersatzarbeitsplätze zu schaffen. Dabei allerdings wäre auch ein echtes Kontroll- und Mitbestimmungsrecht der Gemeinde und der Beschäftigten bei der Lösung aller Strukturfragen der Wirtschaft zu verlangen und auch durchzusetzen. Obwohl die gegenwärtige allgemeine Wirtschaftssituation durch gute Auftragslage, Steigerung der Produktivität und Produktion gekennzeichnet ist, hält in einigen Betrieben des Bezirkes Steyr der Druck auf den Arbeitsplatz an. Schwierigkeiten, wie Sie wissen, gibt es bei Telefunken, die ein Fünftel der Beschäftigten befristet auf 2 Monate abgebaut haben, Absatzschwierigkeiten gibt es im Wälzlagerwerk mit seinen 1.800 Beschäftigten, wie dies der Vorstandsdirektor Herzig bei der letzten Informationssitzung des Gemeinderates berichtetet und nur Abhilfe geschaffen werden kann, wie er ausführte, durch die derzeitige Möglichkeit von Überstellungen ins Hauptwerk. Diese Beispiele unterstreichen die im Entwicklungskonzept angeführte ernste Situation der Sicherung der Arbeitsplätze in der Zukunft und damit der weiteren Entwicklung der Stadt Steyr und deren Umlandregion. Als weiteren Schwerpunkt sehen wir Kommunisten die Lösung der Wohnungsfrage in unserer Stadt. Seit Jahren verlangen wir den verstärkten kommunalen Wohnbau mit tragbaren Mieten für die kleinen und mittleren Einkommensbezieher. Seit Jahren verlangt die Kommunistische Partei die stärkere Förderung des Wohnungsbaues durch Land und Bund und Gemeinde. Aber dieses Verlangen, diese Kritik wurde von der Mehrheit auch des Gemeinderates hier in Steyr weitgehend überhört. Nun hat sogar der Wohnbaureferent der OÖ. Landesregierung, der SPÖ-Landesrat Ernst Neuhauser bei seinem letzten Besuch in Steyr am 2. 2. selbst festgestellt, ich zitiere wörtlich - trotzdem ich erkrankt war und zu diesem Zeitpunkt nicht hier im Rathaus war, hat man doch erfahren, was hier gesprochen wurde. Er sagte unter anderem: "Die Stadt Steyr hat, bezogen auf die Einwohnerzahl, die größte Wohnungsnot unter den österr. Städten und daher einen echten Nachholbedarf an neu zu errichtenden Wohnungen". Diese richtige Feststellung des Wohnbaureferenten ist ganz gut und schön aber was hat dieser sozialistische Genosse, der verantwortliche SP-Landespolitiker in all den letzten Jahren dagegen unternommen? Nur mit der Feststellung, daß wir zurück-

geblieben sind oder daß wir in Aussicht gestellt bekommen haben, wie der Bürgermeister einleitend hier berichtet hat, daß wir besondere Förderung in der nächsten Zeit bekommen? Meine Damen und Herren, wie wir Gemeinderäte wissen, bewerben sich derzeit rund 2.000 Steyrer Familien um eine Wohnung bei der GWG der Stadt Steyr. Bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze, die notwendig sind, wird eine noch stärkere Nachfrage nach Wohnungen in der Nähe der Produktionsstätten, nämlich in der Stadt, sein. Daher müßten genaue Pläne über den verstärkten Wohnbau und dessen Finanzierung für die nächsten Jahre im Entwicklungskonzept aufscheinen. Daher genügt auch nicht die allgemein gehaltene Forderung im Entwicklungskonzept nach mehr Förderungsmitteln.

Wir Kommunisten sind nach wie vor der Auffassung, man müßte von Bund und Land die Wiederaufnahme des sozialen Wohnbaues verlangen, denn der Verzicht der SPÖ auf den sozialen Wohnbau und die Durchsetzung des Prinzipes der Kostendeckung führte ja zum grotesken Zustand, daß die Arbeiter und Angestellten zwar mit ihren Steuern und Abgaben die Hauptlast des Wohnungsbaues tragen und dennoch nur unter größten finanziellen Opfern das Recht auf eine bedürfnisgerechte Wohnung für sich in Anspruch nehmen können. Unter einem sozialen Wohnbau verstehen wir die Errichtung von Gemeindewohnungen mit sogenanntem verlorenem Baukapital. Daher ist auf eine Rückzahlung der bereits aus Steuergeldern bezahlten Baukosten zu verzichten. Es müßte vom Bund verlangt werden, daß zur Erhöhung der Mittel für den Wohnungsneubau jährlich auch Steuergelder aus dem ordentlichen Bundesbudget in der Höhe der Wohnbauförderungsmittel zugesprochen werden. Weiters müßte man auch die Forderung erheben, daß die gewährten Wohnungsbeihilfen und Mietzinszuschüsse nicht aus den Mitteln für den Wohnungsneubau entnommen werden, sondern aus allgemeinen Budgetmitteln des Bundes und der Länder zu bezahlen sind. Das wären nur einige Anregungen, wie man die Wohnungsnot in unserer Stadt schneller und wirksamer mildern könnte. Zum Abschluß, meine Damen und Herren des Gemeinderates, kann ich versichern, daß meine Partei alle positiven Maßnahmen, die im Entwicklungskonzept vorgeschlagen werden, voll unterstützen wird und ich als Vertreter der Komm. Partei auch bereit bin, im vorgeschlagenen Komitee für Entwicklungsprobleme der Stadt Steyr zum Wohle vor allem der werktätigen Bevölkerung mitzuarbeiten. Ich werde daher auch dem Entwicklungskonzept meine Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diese Stellungnahme. Es hat sich niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich frage aber der Ordnung halber, bevor ich Herrn Bürgermeister das Schlußwort erteile, ob noch jemand zu diesem Konzept, zu diesem Antrag das Wort wünscht? Ich sehe keine Wortmeldung. Herr Bürgermeister darf ich nun um das Schlußwort bitten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Die bisherigen Stellungnahmen zum Entwicklungskonzept, so möchte ich es abgekürzt nennen, sagen schon aus, daß wir heute mit einer einstimmigen Beschlußfassung rechnen dürfen. Ich betrachte diese Erklärungen, die bis jetzt gemacht wurden, als überaus wertvoll für den Bestand der gemeinsamen Arbeit hier im Gemeinderat einerseits, aber auch genau so für wertvoll für die weiteren Arbeiten, die im Sinne dieser Rahmenrichtlinien hier noch zu tätigen sein werden. Ohne nun auf alle Beiträge im einzelnen einzugehen, erlaube ich mir

dennoch, einige Dinge anzuschneiden, die hier in den Diskussionsbeiträgen angezogen wurden.

Ich beginne der Reihe nach bei Kollegen Fritsch. Es wurde sicherlich seinerzeit gesagt, daß eine gemeinsame Redaktion für die Erstellung dieses Konzeptes angestrebt wird und es wurde richtigerweise bemerkt, daß der Zeitmangel hier zweifellos die Ursache gewesen sein dürfte, daß es dazu nicht in dieser Form gekommen ist. Dennoch kann ich versichern, daß, soweit es möglich war und die Gesamtrichtlinien dieses Konzeptes das verkraften konnten, auch die Vorschläge der Stellungnahmen mit eingebaut werden konnten und genau das liegt auch im Sinne jener Aussage, die ich schon am 23. September machte. In der Sache Mitsprache der Bürger in Stadtteil- oder sonstigen Versammlungen muß ich doch sagen, daß ich hier einen Unterschied machen möchte. Den Unterschied in der Richtung, daß der Bürger zunächst als erste Stufe der Mitverantwortung und Mitsprache zunächst die Information benötigt. Diese Information kann er erst dann bekommen, wenn der Gemeinderat in seiner Gesamtheit als Körperschaft jene Entscheidungen, die ihm kraft der Verantwortung bei Übernahme des Mandates übertragen wurden, jene Entscheidungen getroffen hat, um sie dem Bürger informativ weitergeben zu können. Womit es ja nicht heißt, daß nun Einzelentscheidungen, die auf Grund dieses Konzeptes noch in vielerlei Richtung erforderlich sein werden, davon beeinträchtigt sein können oder werden. Ich möchte ohne weiteres bestätigen, daß es eben verschiedene Wege gibt, die bestimmt werden von den politischen Gesichtspunkten der einzelnen Personen und den einzelnen Fraktionen oder Parteien im Gemeinderat. Wenn es aber ein gemeinsames Ziel gibt, dann kann der Weg krumm oder gerade sein, er führt uns am Ende doch zusammen. Das hat sich bei der heutigen Diskussion und beim Inhalt der Diskussionen, glaube ich, bewiesen. Wir können uns aber, egal ob nun Bürgerversammlungen, Bürgermitverantwortung, Bürgermitsprache, in keinem Fall, das möchte ich immer wieder herausstreichen, von unserer übertragenen Verantwortung befreien. Wir müssen uns dessen bewußt sein, daß die Entscheidungen hier im Gemeinderat, die oftmals in viele Millionen Schilling gehen, von uns getragen werden müssen und von unserer Bereitschaft dafür in jeder Hinsicht gerade zu stehen. Dieser Bereitschaft haben wir uns bis heute nicht entzogen und werden uns künftig auch nicht entziehen können. Hinsichtlich der Bemerkungen Straßenbau Richtung Westen bitte ich nur im Konzept auf Seite 6, Abs. 1 c nachzuschauen, dort ist diese Straßentrasse erwähnt als eine der Varianten, die wir als Steyrer für die Aufschließung von und zur Stadt benötigen. Es ist auch die Eisenbahn erwähnt, Verbesserung des gesamten Eisenbahnverkehrs - auch Seite 6, Abs. 1 e. Ein sicherlich sehr bedauerlicher Vorgang war die Entscheidung, die Firma Riha Euromarketing zu schließen und es wird nunmehr in dieser Firma sich eine kleine Gruppe von ehemaligen Bediensteten bemühen, den Betrieb weiterzuführen. Aber auf eines möchte ich hier doch verweisen und ich entziehe mich dieser Aufgabe nicht. Wir haben ein Beispiel, daß ein Betrieb oder Betriebsinhaber, der das beste Wollen, den besten Willen hatte, den Betrieb nicht nur zu errichten, sondern auszubauen, zu führen, Arbeitsplätze zu schaffen, dann zum Untergang verurteilt ist, wenn von Beginn an mit einer bedeutenden Unterkapitalisierung in ein solches Risiko eingegangen wird. Bei der Vorsprache der Gesellschafter der neuen Firma Riha GesmbH, die kürzlich bei mir waren, wurde ihnen gesagt, daß die Stadt Steyr, soweit der Gemeinderat dann bereit ist, zweifellos in irgendwelche Haftungsüberlegungen eintreten wird, wenn das Land OÖ. als Wirtschaftsträger in unserem Bundes-

land hier in erster Linie den Vorreiter macht, denn die Wirtschaftsförderung ist nach der Landesgesetzgebung ein Bestandteil der Landesentscheidungen, was uns zweifellos aber nicht entziehen wird der Möglichkeit, die wir nützen sollten, wenn es in unseren Möglichkeiten liegt. Das geschieht ja vielfach. Wir werden uns damit noch beschäftigen können.

Die Angelegenheit Ennskraftwerke Steyr kann ich nur dahingehend erklären, daß sich hier sowohl Bund wie Land geeinigt haben, den Betrieb in einer Art Verwaltungsgesellschaft zu führen. Die Ausbaustufen an der Enns sind vollendet, die Enns ist fertig, das Projekt Mollner Kraftwerk wurde wieder zurückgestellt und ist gegenwärtig überhaupt nicht in Überlegung, sodaß der gesamte Baustab, der doch den überwiegenden Teil der Beschäftigten ausgemacht hat, dadurch abgewandert ist zu anderen Unternehmungen, zur Donau usw. Wir bedauern das deswegen, weil auch durch die Entscheidung der OKA als Landesgesellschaft und auch dem Bund beträchtliche Mittel aus dem Standkapital der EKW zugeflossen sind. Das sind Entscheidungen, die wir nicht beeinflussen können, denn auch hier sind eben die Gesellschafter nicht von der Stadt Steyr entsendet, die diese Überlegungen hätten beeinflussen können.

Hinsichtlich des Schulbaues darf ich darauf verweisen, daß im vergangenen Herbst Sektionschef Dr. März vom Unterrichtsministerium im Beisein des Leiters für die technischen Bauten, Ministerialrat Dr. Loicht, in Steyr war, mit ihm das Problem des HTL-Ausbaues besprochen wurde und uns zugesichert worden ist, im Jahre 1977 die Planung vorzulegen. Allerdings im verkleinerten Maßstab zum Ursprungsprojekt, weil man sich neue Überlegungen hinsichtlich der Zusammenlegung verschiedener Zweige gemacht hat. Für uns erhebt sich dabei naturgemäß die Frage, was geschieht mit dem durch dieses Projekt betroffenen Sportplatz oder Sportanlage Amateure. Das möchte ich hier nicht anschnitten. Es wird noch Zeit dazu geben, wenn die Planung bekannt ist, inwieweit diese Dinge betroffen werden. Eine Frage, die überlegenswert ist, das ist auch im Konzept angezogen, ist die Hineinbringung neuer Schultypen. Eine davon ist der Ausbau der Schule für wirtschaftliche Frauenberufe, eine 5jährige Schule mit Maturaabschluß. Im Hinblick darauf, das ist nur eine Überlegung, die ich hier wiedergeben kann, daß eben die jungen Mädchen, wenn sie von der Schule gehen, kaum in ihrem erlernten Beruf tätig sein wollen oder können, in Büroberufe abzuwandern versuchen und vielleicht mehr Chancen besitzen, wenn sie mit Matura von dieser Schule gehen, weil der Streubereich der Berufsmöglichkeiten dadurch größer wird. Ich glaube, dadurch einige Möglichkeiten hier zu sehen, die wir den jungen Mädchen unserer Stadt und der Umgebung zu bieten vermögen. Hinsichtlich des Präsidialplanungsausschusses ist angeschnitten, daß er weiterhin in einer Art Komiteebildung für die Entwicklungsfragen zuständig sein soll und wenn Sie nachsehen, werden Sie merken, daß auch vermerkt ist, daß die referatszuständigen Stadträte bei allen sie betreffenden Fragen mit beigezogen werden können und es wäre überhaupt nicht beabsichtigt, hier die Stadträte, die da zuständig sind, auszuschließen von diesen Möglichkeiten. Hinsichtlich des Verkehrskonzeptes innere Stadt darf ich darauf verweisen, daß wir gegenwärtig in einer sehr genauen Überprüfung von vorgelegten Varianten für die Brückenbauten sind. Daß ich immer hier schon in den letzten Sitzungen erklärt habe, wir werden mit einer etwa zweijährigen Bauzeit rechnen müssen, das setze ich als Mindestzeiterfordernis voraus und daß wir in dieser Zeit ohne Zeitdruck auch die Möglichkeit bekommen, Überlegungen anzustellen, inwieweit wir das bestehende Verkehrskonzept, die Verkehrsabläufe an die neuen Möglichkeiten mit

neuen Brücken anpassen müssen oder wollen. In diesem Zusammenhang darf ich Ihnen die Mitteilung machen, daß nach den letzten Übersichten und nach Abschluß der Ausschreibungen 21 Varianten und Vorschläge für die Brückenneubauten eingelangt sind. Daß die 21 Varianten verschiedenster Art sind, vom Spannbetonbau über Eisenbrücken, von schmalen Seitenprofilen bis zu Gitterträgern. Vom geringsten bis zum höchsten Betrag in einer Spanne von etwa 20 bis nahezu 50 Mill. Schilling. Es wird sich der Gemeinderat sehr wohl Gedanken machen müssen, wie wir dem Problem von der technischen Seite her als auch von der finanziellen begegnen. Ich bin überzeugt, daß sich die Damen und Herren des Gemeinderates nicht ausschließlich vom Gesichtspunkt leiten lassen werden, was am billigsten ist, sondern von dem Gesichtspunkt, was dem Stadtbild am meisten dient einerseits und was der Zukunft der Stadt und ihren Verkehrsabläufen andererseits am besten bekommt. Dazu als Ergänzung der Hinweis, die Varianten reichen von sogenannten Einfeldbrücken bis zu Vierfeldbrücken. Im ersten Fall ohne Träger bei der Einfeldbrücke, im zweiten Fall 3 Trägerpfeiler. Die Profile, wie ich schon sagte, in allen möglichen Stärken und Höhen. Das Bauamt ist beauftragt, eine genaue Prüfung durchzuführen und wird, nachdem diese Überprüfungen abgeschlossen sind, dem Gemeinderat die nötigen Informationen liefern und wir werden uns in einer Informationssitzung mit all den Vorlagen beschäftigen und im Anschluß daran, das kann ich hier schon versprechen, werden wir nach einer Auswahl, die der Gemeinderat treffen wird, der Öffentlichkeit diese Projekte zur Kenntnis bringen und vorstellen. Der Steyrer hat in diesem Fall sicherlich einen Anspruch darauf, zu wissen, was sich in diesem wichtigen Bereich der Altstadt ergibt, welche Entscheidungen der Gemeinderat vorhat.

Die Aussagen von Herrn Gemeinderat Fuchs - ich habe hier seine Stellungnahme erhalten - darf ich dahingehend beantworten und ergänzen, daß ich bewußt, ich glaube auf der 1. oder 2. Seite im Konzept, seinerzeit auch das Wort eingefügt habe "Denkanstoß". Ich muß ehrlich sagen, ich habe bewußt hier diese provokative Wortwendung verwendet, weil ich glaube, daß wirklich ein Denkanstoß notwendig war und ich freue mich, daß es mit der Vorlage dieses Konzeptes gelungen ist, doch das Interesse aller Fraktionen und Gemeinderäte zu erwecken, daß man, so wie bisher, nicht nur mit Einzelentscheidungen die Gegenwart beeinflussen soll, sondern versuchen muß, durch einen großen Rahmen und durch einen großen Bogen, der die Dinge überspannt, auch auf Möglichkeiten hinzuweisen, die sich für die Zukunft ergeben. Hier darf ich doch, Herr Gemeinderat, eines sagen. Ihre Ausdrücke von Unseriosität in der Planung, in den Planungsvergaben, Mangel an Seriosität, Utopie und alle sonstigen Erklärungen, sind nicht gerade dazu angetan, hier mit besonderer Freude das entgegenzunehmen. Aber ich möchte gerade durch die vorhergehenden Erklärungen nicht die Gelegenheit wahrnehmen, darauf näher einzugehen. Es scheint mir in diesem Fall nicht wichtig genug. Ich muß allerdings sagen, Sie beziehen sich in Ihren Quellen - die Stellungnahme ist nicht unterzeichnet für die FPÖ, sondern nur von Ihnen persönlich - auf dieses Entwicklungskonzept, das freut mich. Sie beziehen sich auf ein regionales Gestaltungsmodell Steyr-Umland, eine ARG - die Abkürzung ist mir nicht bekannt - sowie eine städtebauliche Arbeitsgemeinschaft, worin Sie sich auf Ihren eigenen Privatauftrag beziehen. Ich wäre sehr interessiert, wem Sie diesen Auftrag gegeben haben, denn es ist auch für uns interessant zu wissen, wer sich mit der Problematik der Stadt Steyr und ihrer Stellung in OÖ. beschäftigt. Wenn es ein Wissenschaftler ist, wären wir sehr interessiert, auch seine Meinung zu hören.

Zu den einzelnen Dingen wird es notwendig sein, klarzustellen, daß die eigenen Initiativen des Gemeinderates hier jedenfalls in den Vordergrund gestellt werden müssen, das habe ich nie bestritten und auch nie angezweifelt, denn die Hilfen, die wir beanspruchen, zum Teil heute schon bekommen, bekommen wir nur durch Initiativen, die von uns ausgehen. Von selbst trägt uns niemand Geld nach Steyr, keine Hilfe des Landes, keine Hilfe des Bundes. Wir müssen unsere eigenen Initiativen einsetzen, um hier zu diesen Subventionsbeiträgen, die der Stadt dienen, zu kommen. Ich glaube, auf dieser Ebene waren wir bis heute nicht lässig, wie ich gerade aus der vorerwähnten Ziffer von 10,5 Mill. - ich könnte diese Ziffer noch ergänzen aus anderen Ressorts der Landesregierung, z. B. Sozialbereich durch Landesrat Reichl, auch im Kulturbereich nunmehr in der Frage Lamberg für die "Hallstattausstellung" durch Landesrat Ratzenböck etc. mehr. Wichtig scheint mir der Hinweis auf Planungsaufträge und Schwerpunktprogramme und hier bitte ich Sie, auf Seite 9 nachzulesen, das ist im Konzept in der Urfassung angeführt. Für uns scheint mir nur eines wesentlich. Wir müssen uns davon befreien, daß alles nur sozusagen nach dem Amtsschimmel verläuft. Wir haben schon begonnen mit einer Entwicklung, die mir persönlich für die nächste Zeit die maßgebendste und zielführendste scheint und das ist nun einmal der Weg, die in Steyr ansässigen Unternehmungen heranzuziehen, sei es nun zu Planungsaufträgen, sei es nun zu Bauausführungen, um zu gleicher Zeit, soweit es unsere finanziellen Mittel ermöglichen, zur gleichen Zeit an verschiedenen Orten die Entwicklung der Stadt in verkehrspolitischer, in bautechnischer Hinsicht und in sonstigen Belangen günstig zu beeinflussen und zu betreiben. Hier bitte ich auch, wenn es um diese Fragen geht, um Ihre Zustimmung, nämlich die des gesamten Gemeinderates, damit wir rasch unsere Möglichkeiten ausschöpfen können.

Zur Frage des öö. Raumordnungsbeirates darf ich Ihnen versichern, daß bereits die Herren auf Grund eines Gespräches mit Landeshauptmann Dr. Wenzl bereits im Vorjahr im Spätherbst hier in Steyr waren. Es wurde Dipl. Ing. Dr. Offterdinger, der diesen Ausspruch von der Schlafstadt geprägt hat mit seinem Konzept eingeladen. Er hat im Beisein der Herren der Landesregierung uns noch einmal seine Überlegungen dargestellt und ich habe dabei gefunden, daß entweder früher doch durch einige Mißverständnisse hier nicht die richtigen Wortwendungen gefunden wurden. Jedenfalls hat er sich in diesem Gespräch ausdrücklich dazu bekannt, daß die Stadt Steyr nicht nur das Recht hat, sondern auch die Pflicht, einerseits tätig zu werden oder sich einerseits zu wehren und Vorschläge zu machen, die eine günstige Beeinflussung der Entwicklung ermöglichen. Herr Landeshauptmann Dr. Wenzl, das sagte ich schon eingangs der heutigen Sitzung, hat sich auch von einer Etwa-Erklärung, Steyr als Schlafstadt zu bezeichnen, distanziert. Das möchte ich hier ganz deutlich noch einmal erwähnen.

Es hat Herr Gemeinderat Tremml - den möchte ich auch nicht vergessen, denn er hat hier einige Aussagen gemacht, die mir unter den Tisch gerutscht sind, ich hoffe, daß ich sie finde. Hier darf ich darauf verweisen auf die S 37. Meine Damen und Herren, das wichtigste Stück, das Steyr an die Verkehrshauptader in Österreich, an die Autobahn anbindet, ist die S 37. Wir werden mit der Märzenkellerumfahrung, wo uns für heuer der Beginn zugesichert wurde, zweifellos eine Erleichterung des Verkehrs zu Stoßzeiten der Großunternehmungen dieser Stadt erreichen. Es wird diese Märzenkellerumfahrung zunächst nicht das bieten können, was wir uns von der S 37 erwarten, nämlich einen raschen

Verkehrsablauf, Verkehrsfluß für Interessenten zu Betriebsansiedlungen in Steyr die sagen, so lange die Verkehrsverbindungen nicht besser sind, ist der Standort Steyr für mich nicht sehr günstig. Dazu kommt und da sind hier im Raum einige Verantwortliche, denen man dazu gratulieren muß, ein sehr hohes Lohnniveau in unserer Stadt, das wiederum sich umsetzt in einer guten Kaufkraft, das wiederum sich umsetzt in einer entsprechenden Wohnungsqualität. Das setzt sich auch wieder um in die gesamte Lebensqualität, die in unserer Stadt herrscht. Aber das sind Motive, die manches Mal zu einer gewissen Scheu führen, kleinere Betriebe mit niedrigerem Lohnniveau anzusiedeln. Hinsichtlich der Arbeitsplatzsicherung und Schaffung dürfen wir nicht vergessen, daß die Planung Rhein-Main-Donaukanal für den Raum an der Donau einmal eine ganz wesentliche Frage der Entwicklung und der Ausbreitung von Beschäftigungsmöglichkeiten sein kann. Ich sage nicht sein muß, sondern sein kann. Auch darauf zielt dieses Konzept im wesentlichen in der Großräumigkeit der Überlegungen mit ab, daß wir ja keinen Schritt vertun, der uns in den Hintergrund drängt, wenn andererseits, wo wir keinen Einfluß haben, bereits Entscheidungen fallen, die andere begünstigen und uns benachteiligen können. Hinsichtlich der Hinweise auf die Wohnbautätigkeit darf ich eines noch hinzufügen, daß eine wesentliche Umkehr im Denkprozeß über den Wohnbau scheinbar nunmehr eintritt. Gerade in Städten mit alten Strukturen kommt man immer mehr darauf und wir sind eine solche Stadt mit solcher Struktur, daß das Hinausbauen insbesondere dann, wie hier, wo das Flächenangebot - wie Gemeinderat Fuchs richtig sagt - relativ klein ist, daß man hier den umgekehrten Weg wird beschreiten müssen, nämlich nicht immer mehr und mehr die Wohngebiete an die Stadtgrenzen zu verlegen, dadurch die längeren Aufschlußwege, die teuer sind, dazu zu bringen und auf Grund der Entfernungen vom Stadtkern zu den Wohnvierteln dort neue Infrastrukturen schaffen zu müssen. Hinweise dazu gebe ich damit, daß der sogenannte "Reiter-Aufbauplan rechts dem Brückenkopf an der Schönauerbrücke" schon ein solcher Maßstab ist, daß die Steyr-Daimler-Puch auf der Ennsleite wiederum 84 Wohnungen baut als Ersatzbauten für die Blockhäuser, die noch aus dem 1. Weltkrieg stammen. Wer erinnert sich nicht noch daran, wie weit die Ennsleite in ihrem Ruf durch die Blockhausbauten seinerzeit gestanden hat. Heute ist das ein ausgesprochen gutes Wohnviertel geworden. Ich möchte noch hinzufügen, daß die WAG äußerst interessiert ist, in Münichholz bis zu 150 Wohneinheiten zu errichten, wodurch nicht nur dort bestehende und vielleicht in der nächsten Zeit weniger ausgenützte infrastrukturelle Einrichtungen voll genutzt werden können, ohne daß sie uns zusätzliches Geld kosten und daß wir diese Hinweise, Wehrgraben z. B., nicht außer acht lassen dürfen, denn der Wehrgraben ist Assanierungsgebiet in dem Sinne, den ich soeben erwähnte.

Ich darf dabei zitieren, daß mir vergangene Woche am Donnerstag bereits auf Grund eines Auftrages der Frau Wissenschaftsminister Dr. Firnberg Dipl. Ing. Semsroth vom Institut für Städtebau, Raumplanung und Raumforschung an der Techn. Universität Wien hier mich aufgesucht hat, er mit Baurat Dipl. Ing. Vorderwinkler das gesamte Gebiet des Wehrgrabens mit den angrenzenden Altbezirken besucht hat, sich entsprechende Unterlagen besorgt hat, Notizen gemacht hat und an einem Konzept arbeitet. Er wird sich noch zusätzliche Informationen besorgen in der nächsten Zeit und wird dann einen Vorschlag unterbreiten, damit das Wissenschaftsministerium diesen Forschungsauftrag über den Wehrgraben vergeben kann. Das sind bereits die Hinweise, daß hier im ein-

zelen dort, wo es dringend notwendig scheint, Planungsaufträge oder sonstige Forschungsaufträge vergeben werden. Ich muß hier von dieser Stelle aus Frau Wissenschaftsminister dafür danken, daß sie in dieser Richtung tätig geworden ist. Es hat hier lediglich ein Schreiben genügt, sie auf dieses Problem hinzuweisen und sie zu bitten, uns von der Universität her helfend zur Seite zu stehen. Das sind bereits Aktivitäten, die nicht von heute auf morgen ihren Niederschlag finden, die nur jetzt wenige wissen, mit denen nur wenige beschäftigt sind. Aber die Träger dieses Wissens sollten es weiter vermitteln an die Öffentlichkeit, um hier zu beweisen, daß die Stadt Steyr nicht säumig ist, daß sie alles unternimmt, um zu versuchen, Stagnationen in der Stadtentwicklung zu unterbinden und umzufunktionieren in Entwicklungen.

So möchte ich zum Abschluß kommen und dabei noch auf das Schloß Lamberg verweisen. Schauen Sie, auch hier ist das Konzept ein nicht unwesentlicher Anstoß gewesen, für das Schloß Lamberg nunmehr eine klare Finanzierungsform und eine Revitalisierung zu finden. Finanzminister Androsch bestätigte mir gestern neuerdings, daß die von ihm bewilligten S 20 Mill. bereitstehen. Bautenminister Moser bei seinem Besuch am 27. 1. sagte mir, daß die Bauführung der Renovierungsarbeiten und Restaurierungsarbeiten die Bundesgebäudeverwaltung übernehmen wird. Wir haben die Zusage von Landesrat Dr. Ratzenböck, daß er über die Kulturabteilung des Landes die Kosten für sämtliche Adaptierungen für die Ausstellungsräume unter dem Titel, die Hallstattzeit übernimmt und auch das Vorwerk wiederum instandgesetzt wird auf Kosten dieser Beträge aus der Kulturabteilung. Die Stadt, also wir, mußten uns auch zu Zusagen bereiterklären. Da konnte ich auch nicht vorher den Gemeinderat fragen, ob ich das darf, sondern ich mußte mich in dieser Besprechung bereitfinden, zu erklären, die Stadt Steyr wird sich bei der Finanzierung dieses der Stadt das Gepräge gebenden Bauwerkes nicht entziehen können und mitbeteiligen. Wir haben uns bereiterklärt, insbesondere dabei die Außenanlagen ins Auge zu fassen, die Vorplätze zu gestalten, die gärtnerische Gestaltung des Umlandes vom Schloß zu übernehmen. Soweit ich bis jetzt informiert bin, sollte eine Teilung ins Auge gefaßt sein von 50 % Bund, 25 % Land und 25 % die Stadt. So wurde mir das bisher mitgeteilt. Konkret wurde über diese Prozentsätze nicht verhandelt.

Nun noch ein Hinweis zur Tausendjahrfeier. Mit ein Grund, daß derzeit eine gewisse Hektik im Bauwesen in unserer Stadt herrscht ist die Tatsache, daß wir bis zu diesem Zeitpunkt des Jubiläumsjahres verschiedene Bauwerke fertig haben müssen, um nicht eine Baustelle zu sein. Das Komitee zur Tausendjahrfeier hat sich gegliedert in 8 Arbeitsausschüsse und die haben nun Vorschläge unterbreitet, die hier kürzlich Gegenstand einer Erörterung waren. Meine Damen und Herren, ich fiel fast vom Sessel, als ich gelesen habe, daß die Vorschläge aller Arbeitsausschüsse insgesamt den Betrag von S 38 Mill. erfordern. Ich kann heute schon versichern, daß ich als Bürgermeister nicht in der Lage bin, diese Vorschläge hier im Gemeinderat zu vertreten, sondern daß ich auch der Meinung bin, daß man nicht die Stadt Steyr anlässlich dieses Jubiläums dazu benützen kann, einfach Beträge herauszuziehen, die, glaube ich, anderswo aufgewendet werden müssen. Wir sind noch im Anfangsstadium dieser Beratungen und werden demnächst mit den Vorsitzenden der Ausschüsse reden müssen. Ich glaube aber kaum, daß wir 38 Mill. allein aus dem Titel dieser Vorschläge heraus werden freimachen können, denn das würden die Steyrer, so meine ich, in dieser Form auch nicht akzeptieren.

Abschließend noch einmal die Erklärung, daß dieses Konzept, wie ich es nach wie

vor bezeichne - Herr Gemeinderat Fuchs ich habe mir erlaubt, im Lexikon nachzusehen, Sie bezweifeln, daß das ein Konzept ist, Konzept heißt dort Entwurf oder Idol - als einen Entwurf für die Möglichkeiten zu betrachten ist, die uns im Laufe der ganzen Jahre der Gemeinderatstätigkeit zur Verfügung stehen. Ich glaube auch, daß wir die Eigeninitiativen in unserem Kreis verstärkt fortsetzen müssen und es darf wirklich niemand behaupten, daß keine Initiativen ergriffen wurden vor der Vorlage des Konzeptes, denn wer sich in der Stadt umblickt der weiß genau, daß hier sehr wohl initiativ gearbeitet wird. Wir werden nur enorme Mittel beanspruchen müssen und jetzt auch, meine Damen und Herren, um hier die Ziele einigermaßen anzupeilen, die wir uns gesetzt haben, auch mehr Schulden machen müssen. Das hängt ganz von den Umständen ab, wie sie sich in unserer Stadt ergeben. In einem Punkt sind wir sicherlich einig, daß wir eine rasche Verwirklichung der Ziele anstreben werden, die wir als Nahziele aus dem Bereich des Konzeptes erblicken, daß wir eben auch etwas Geduld haben müssen, dort, wo es sich um Fernziele handelt und alles das zusammen soll uns doch Wegweiser sein bei unseren weiteren Tätigkeiten hier im Gemeinderat. Als Berichterstatter und Bürgermeister möchte ich Ihnen allen namens des Magistrates und der Steyrer Bürger dafür danken, daß Sie alle seitens der Fraktionssprecher die Bereitwilligkeit erklärt haben, hier dem Konzept Ihre Zustimmung zu geben und ich sehe darin einen Beweis, daß das Zusammenwirken, das sich auch durch Gespräche auszeichnet mit den Fraktionsvorsitzenden, in wesentlichen Fragen der städtischen Entscheidungen sich dadurch auswirkt. Ich danke Ihnen dafür und bitte Sie, das zu vollziehen, was Sie in Ihren Erklärungen ausgesagt haben.

Applaus!

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Herrn Bürgermeister für das Schlußwort und die Aufklärungen, die er gegeben hat. Wir kommen nun zur Abstimmung über diesen Antrag. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag in der vorliegenden Fassung die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Ist jemand gegen diesen Antrag? Das ist nicht der Fall. Ich frage noch, ob eine Stimmenthaltung vorliegt? Auch das ist nicht der Fall. Damit liegt ein einstimmiger Beschluß des Gemeinderates vor.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wir haben heute einen sehr weitreichenden und bedeutungsvollen Beschluß für die Entwicklung unserer Stadt gefaßt. Ich möchte nochmals herzlich danken für die sachliche Diskussion und bitte um die Zusammenarbeit zur Verwirklichung dieses Konzeptes.

Ich möchte aber auch noch einen Dank aussprechen. Herr Bürgermeister hat, nachdem heute Faschingdienstag ist, sich erlaubt, für die Mitglieder des Gemeinderates - es ist üblich überall wo Menschen zusammenkommen heute, daß es Faschingskräpfen gibt - im Vorraum solche vorzubereiten. Herzlichen Dank.

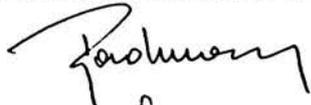
Die Sitzung ist damit geschlossen.

Ende der Sitzung: 17.00 Uhr

DER VORSITZENDE:



DIE PROTOKOLLFÜHRER:


Gusenberger

DIE PROTOKOLLPRÜFER:


Walter Köhler